

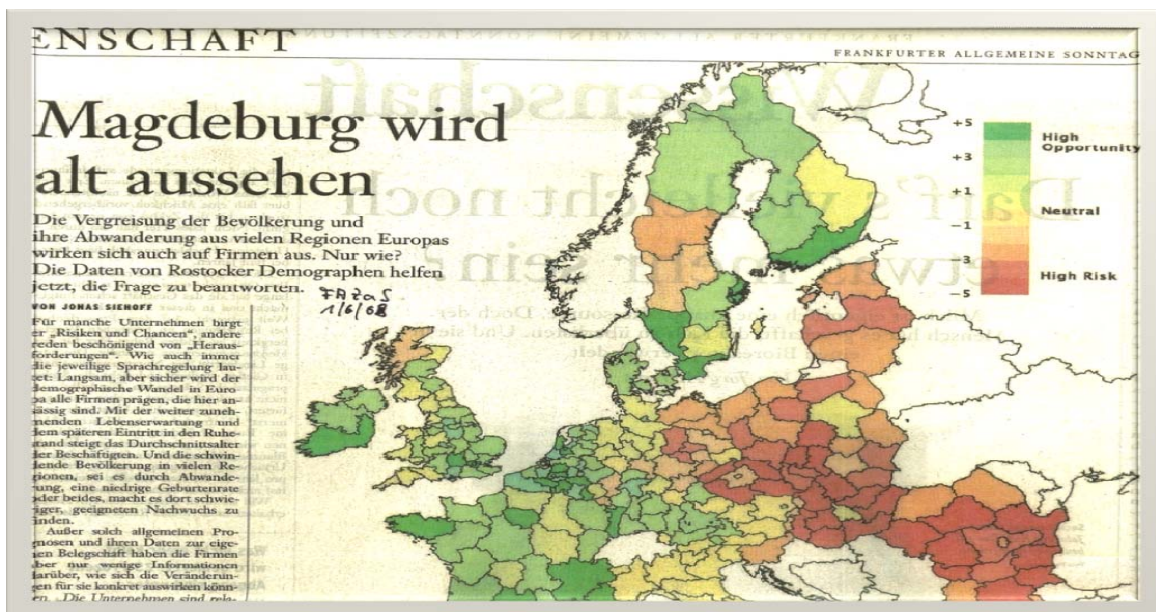
„Magdeburg wird alt aussehen“

Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen:
Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention

Fragestellung und Zielsetzung

Vorhersehbare sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen komplexer sozioökonomischer Prozesse, sozialräumlicher Entwicklungen und erheblicher demografischer Veränderungen auf die Kriminalitätslage sollten nicht erst im Stadium der Konkretisierung aufgegriffen sondern bereits jetzt beschrieben werden, um rechtzeitig ursachenorientiert und im Wortsinne präventiv, nämlich zuvor kommend, politisch handeln zu können.

Dieser Zielstellung folgend werden zunächst Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung aufgezeigt, um dann auf der Grundlage aktueller Trendanalysen (ausgewählte) erkennbare Risiken der Gewaltkriminalität und entsprechende Handlungserfordernisse abzuleiten. Am Schluss stehen Handlungsmöglichkeiten, deren Umsetzung den gesellschaftspolitischen Akteuren empfohlen wird. Es wird ein Beitrag zur aktuell auf gesellschaftlicher, politischer und auch wissenschaftlicher Ebene geführten „Zukunftsdebatte“ geleistet, die als öffentlicher Diskurs die vielfältigen Erfordernisse heute notwendiger Weichenstellungen für die Zukunft der Gesellschaft bewusst machen soll (vgl. etwa Frevel, 2004 und APuZ, 2011).



(Abb. 1 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 01.06.2008)

Zum Inhalt

1. Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung	3
2. Ein Panorama des demografischen Wandels in Deutschland	6
3. Erkenntnisse und Überlegungen zum Zusammenhang von demografischem Wandel und Kriminalitätsentwicklung	10
4. Zum Phänomen der Gleichzeitigkeit einer extremen Vielfalt regionaler und kommunaler Bevölkerungsentwicklung	18
5. Zu den Risiken der Gewalt- und Vorurteilskriminalität in „schrumpfenden und alternden Gebieten mit hoher Abwanderung“	24
6. Zu den politischen Handlungserfordernissen bei der Gestaltung des Wandels	29
7. Handlungsfelder zur Prävention von Gewalt- und Vorurteilskriminalität in „schrumpfenden und alternden“ Gebieten mit hoher Abwanderung	33
8. Zusammenfassung der Schlussfolgerungen	39
Literatur/Fundstellen.....	41

1. Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung

Für zukunftsorientierte (wissenschaftliche) Fragestellungen sind Begrenzungen des methodischen Vorgehens gegeben, die – im Gegensatz dazu - die Vergangenheits- und Gegenwartsforschung nicht betreffen. Aussagen über zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen können - zum Teil erhebliche - Unsicherheitsgrade nicht überwinden und deshalb auch nicht außer Acht lassen. Der demografische Wandel lässt sich zwar aufgrund der Stetigkeit wesentlicher Parameter (Geburtenrate, Lebenserwartung) unter bestimmten Annahmen und in bestimmten Bandbreiten nachvollziehbar fortschreiben. Schwieriger wird es jedoch im Hinblick auf Bereiche des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels sowie ihrer globalen Einflüsse Voraussagen zu treffen, um so schwieriger, wenn diese zueinander wie auch zum demografischen Wandel in komplexen Wechselbeziehungen stehen, die zudem nicht immer offenkundig sind oder gar quantifizierbar wären. Noch komplexer wäre die Analyse zur Frage, wie sich strukturelle Entwicklungen auf die zukünftigen Lebenswelten der Menschen auswirken. Der schließlich mit veränderten Lebenswelten verbundene Wandel von Einstellungen und Gefühlen der Menschen ist schwer vorstell- und vorhersehbar - wenngleich z.B. eine Einschätzung dazu bedeutsam wäre, inwieweit als für die Gesellschaft riskant eingeschätzte strukturelle Entwicklungen tatsächlich die individuelle Motivation z.B. für gewalttätiges Verhalten beeinflussen würde.

(1) In der Zukunftsforschung hat sich für Prognosemodelle vor allem vor dem Hintergrund der „Unsicherheitsproblematik“ die **Szenariomethode** durchgesetzt, die prinzipiell verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten z.B. gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigt, die sich aus der Kombination unterschiedlicher Annahmen über die zukünftige Entwicklung zu den (meist von Experten) als relevant erachteten Einflussfaktoren ergeben. Die Annahmen basieren auf dem Erfahrungswissen (der Experten) zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung und können mit Wahrscheinlichkeitsaussagen versehen werden. Mit Hilfe der Szenarien lassen sich dann Risiken und Chancen beschreiben, aus denen wiederum jeweilige Handlungserfordernisse abgeleitet werden können. Der Komplexitätsgrad steigt mit der Anzahl und der Kombinationsdichte der zugrunde gelegten Einflussfaktoren. Szenarien sind insoweit begründete Zukunftsmodelle, die unter Umständen auch sehr unterschiedlich ausfallen können und deshalb geeignet sind, die Extrempunkte erwartbarer Ergebnisse auszuloten. Sie erheben gerade nicht den Anspruch, lediglich eine wahrscheinliche Zukunft vorauszusagen und sind - in Abgrenzung zu als Prophetien bezeichneten Vorausverkündungen göttlicher Eingebung oder menschlicher Erleuchtung - rational begründet. Das Resultat hängt von dem am

Anfang stehenden Blick und den vorne eingegebenen Prämissen ab. Langfristige Vorhersagen sprechen notwendiger Weise andere Dimensionen an als kurzfristige Einschätzungen etwa zur Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses.

- (2) Einfache **Projektionen** hingegen sind Fortschreibungen bereits festgestellter Entwicklungen unter Annahme spezifischer Gesetzmäßigkeiten. Sie sind dann für die Zukunftsbeschreibung geeignet, wenn von einer Kontinuität der Entwicklung begründet ausgegangen werden kann oder die Folgen bereits vergangener Entwicklungen sich mit einem Zeitverzug in der Zukunft (sichtbar) auswirken (wie z.B. der Geburtenrückgang die Altersstruktur der Bevölkerung erst in größeren Zeitabständen spürbar verändert).
- (3) Genannte Verfahren unterscheiden sich von **generalisierenden Theorien** zu den großen Zusammenhängen weltgeschichtlicher Entwicklungen, die kenntnisreich und schlüssig etwa den „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler, 1918) vorhersagen oder den Übergang in eine bessere z.B. „klassenlose“ Gesellschaft (Karl Marx, Friedrich Engels 1848) versprechen. Diese Interpretationen der Zeitläufte zeigen das vielfältige, komplexe Ineinandergreifen von ökonomischen, kulturellen und soziologischen Parametern und den Einfluss internationaler Entwicklungen auf innergesellschaftliche Prozesse, allerdings im Rahmen umstrittener Gesetzmäßigkeiten. Aktuelle Zukunftsbeschreibungen dieser Kategorie (Jan Roß: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft., Berlin 2008; Jacques Attali: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft, Berlin 2008; Youssef Courbage / Emmanuel Todd: Die unaufhaltsame Revolution, München 2008), die sich etwa mit den Thesen von Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ (1992) und Samuel Huntington zum „Kampf der Kulturen / Zivilisationen“ (1993) auseinandersetzen, beschreiben unterschiedliche Zukunftsvarianten zwischen den Polen eines Niedergangs westlicher Welt dominanz und einem langfristigen Erfolg demokratischer Ideen.
- (4) Der Blick in die Zukunft ist weiterhin vom jeweiligen **Zeitgeist** geprägt – gemeint ist ein über einen gewissen Zeitraum vorherrschendes Klima, das mehr oder weniger optimistisch bzw. pessimistisch Zukunftsaussichten zum Ausdruck bringt und somit auch den öffentlichen bzw. politischen Diskurs bestimmt. Der Wandel des Zeitgeistes ist sowohl durch langfristige Trends (vgl. etwa Umwelt-/Klimadebatten) als auch durch spektakuläre Einzelereignisse (z.B. Ölkrise 1974, Tschernobyl 1986, 11. September 2001) beeinflusst.

Wie auch immer: Planerische Entscheidungen von Menschen sind von **Erwartungen** über zukünftige Entwicklungen mitbestimmt. Politische, unternehmerische wie private Entscheidungsträger orientieren sich in unterschiedlichem Ausmaß systematisch, langfristig

vorausschauend an einer Folgenabschätzung ihres Handelns bzw. Nichthandelns in einem Kontext vielfach nicht selbst beeinflussbarer Prozesse.

Ein Ergebnis dieser Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung ist, dass es kaum sinnvoll ist, brauchbare Zukunftsbilder über längere Frist zu skizzieren. Dennoch werden für die heutige Entscheidungsfindung **Einschätzungen** zur Zukunft benötigt, die möglichst rational entwickelt werden sollten.

Das aufgezeigte methodische Dilemma wird in der weiteren Darstellung noch deutlicher und findet entsprechende Berücksichtigung.

2. Ein Panorama des demografischen Wandels in Deutschland

Umfang, Altersaufbau und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung verändern sich nach den Verwerfungen des Zweiten Weltkrieges im europäischen Raum wieder kontinuierlich und nur über längere Zeiträume betrachtet merklich („Trägheit des Prozesses“). Wichtige Komponenten der Betrachtung einer aggregierten Bevölkerungsentwicklung sind Geburtenhäufigkeit, durchschnittliche Lebenserwartung und Außenwanderungssaldo.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt mit der mittlerweile 12. Bevölkerungsvorausberechnung einen Ausblick bis zum Jahr 2060 (Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Wiesbaden 2010). Heute festgestellte demografische Entwicklungen werden unter festgelegten Annahmen fortgeschrieben, haben allerdings mit zunehmendem Abstand zum Basiszeitpunkt (hier 31.12.2008) nur Modellcharakter. Die Berechnung geht von einer Geburtenhäufigkeit auf niedrigem Niveau (drei Annahmen: 1,2 oder 1,4 oder 1,6 Kinder pro Frau), einer zunehmenden Lebenserwartung (zwei Annahmen des Anstiegs) und einem jährlichen Wanderungsüberschuss ausländischer Personen (zwei Annahmen 100.000 oder 200.000 im Hinblick auf die Höhe der Außenwanderungsgewinne,

**Übersicht ausgewählter Varianten der
12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung**

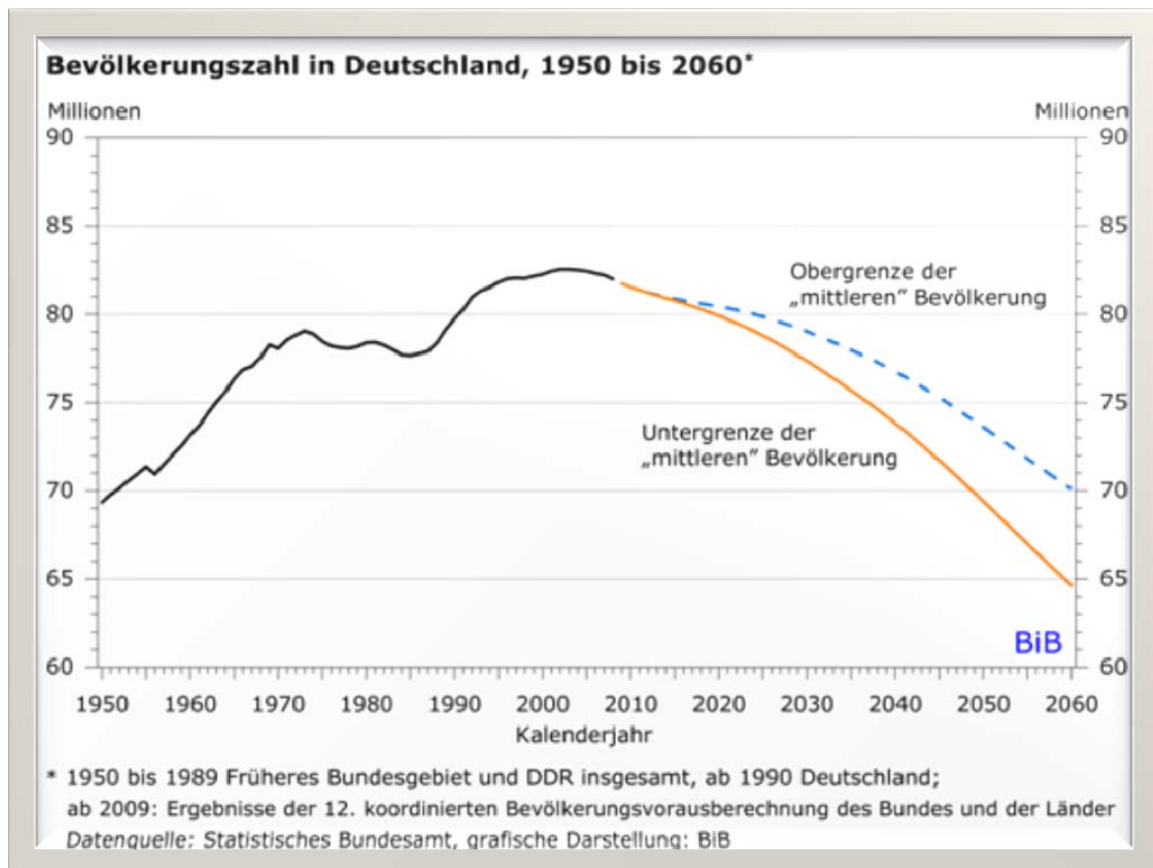
Variante	Annahmen		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2060	Wanderungs- saldo (Personen/Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	Annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 8 und bei Mädchen um 7 Jahre	100 000 ab 2014
„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze			200 000 ab 2020
„Relativ junge“ Bevölkerung	Leichter Anstieg auf 1,6	Basisannahme	200 000 ab 2020
„Relativ alte“ Bevölkerung	Langfristiger Rückgang auf 1,2	Starker Anstieg: bei Jungen um 11 und bei Mädchen um 9 Jahre	100 000 ab 2014

(Abb. 2: Annahmen der 12. Bevölkerungsvorausberechnung, StaBu 2010)

d.h. einem Überschuss von Einwanderern gegenüber Auswanderern) aus. Zwölf unterschiedliche Varianten ergeben sich, von denen zwei „mittlere Varianten“ für die Ergebnisdarstellung herangezogen werden.

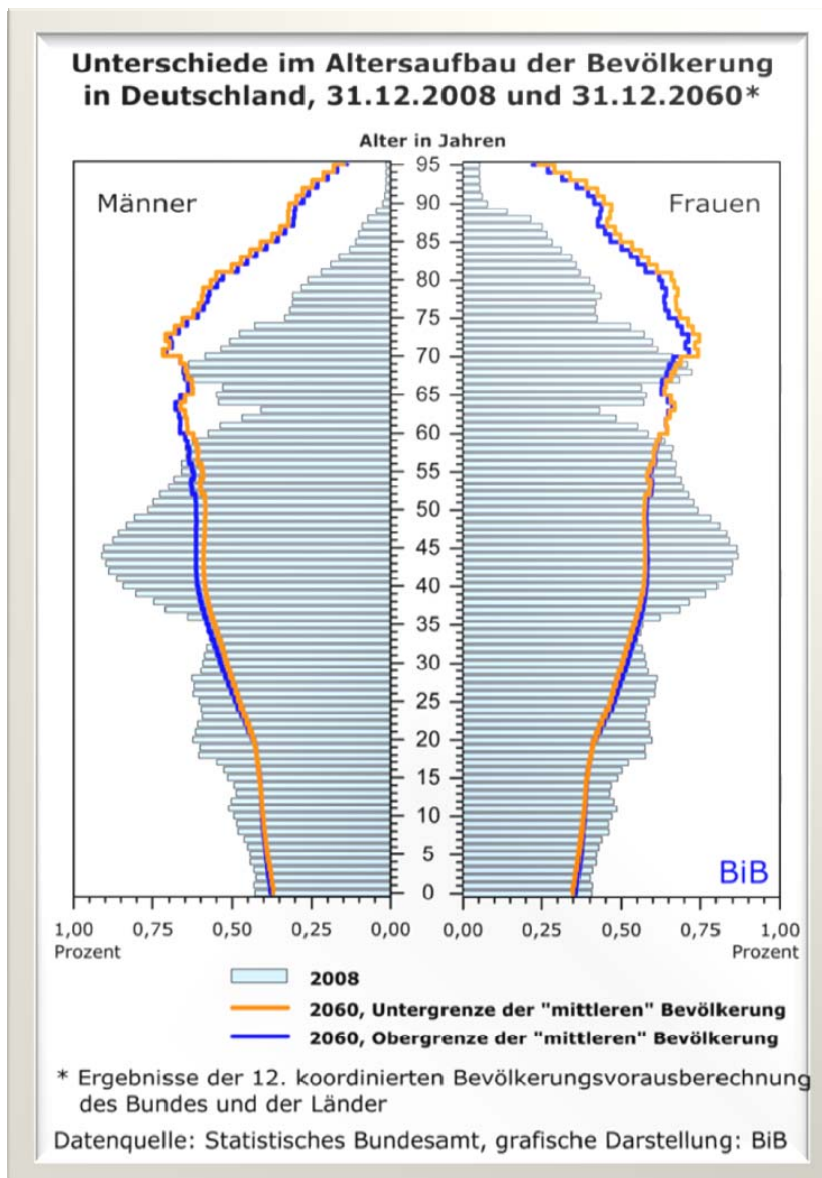
Einzelne Befunde sind:

- Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl der potenziellen Mütter immer kleiner wird und damit die Zahl der geborenen Kinder rapide abnehmen wird.
- Das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge – bei steigender Lebenserwartung - in hohe Altersgruppen führt in den kommenden fünfzig Jahren zu einer Zunahme der jährlichen Sterbefälle.
- Da die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen künftig immer mehr übersteigt, wird die Bevölkerungszahl trotz Zuwanderung schrumpfen. Je nach Variante der Vorausberechnung wird die Bevölkerungszahl zum Jahr 2060 in Deutschland zwischen 64 und 70 Millionen betragen. Ende 2008 lebten in Deutschland rund 82 Millionen Menschen.
- Die Relationen zwischen den Altersgruppen werden sich künftig stark verändern.



(Abb. 3: Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2060, Statbu 2010)

- Der Gesamtzahl der jungen Menschen unter 20 Jahren wird bis zum Jahr 2060 von rund 16 Millionen (19,5%) auf etwa 10 Millionen abnehmen, was dann 16% der Bevölkerung entspräche.
- Der Anteil der über 80-Jährigen könnte sich von derzeit 5% (absolut: 4 Millionen) auf 14% (absolut: 9 Millionen) fast verdreifachen.
- Der Anteil der mittleren Altersgruppe wird deutlich abnehmen.
- Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) und den Senioren, der so genannte Altenquotient, wird sich entsprechend deutlich (von 30 auf über 65) verändern. Auch der Anteil der Älteren innerhalb der Gruppe der Personen im Erwerbsalter wird erheblich zunehmen. Die Gesellschaft wird älter werden.

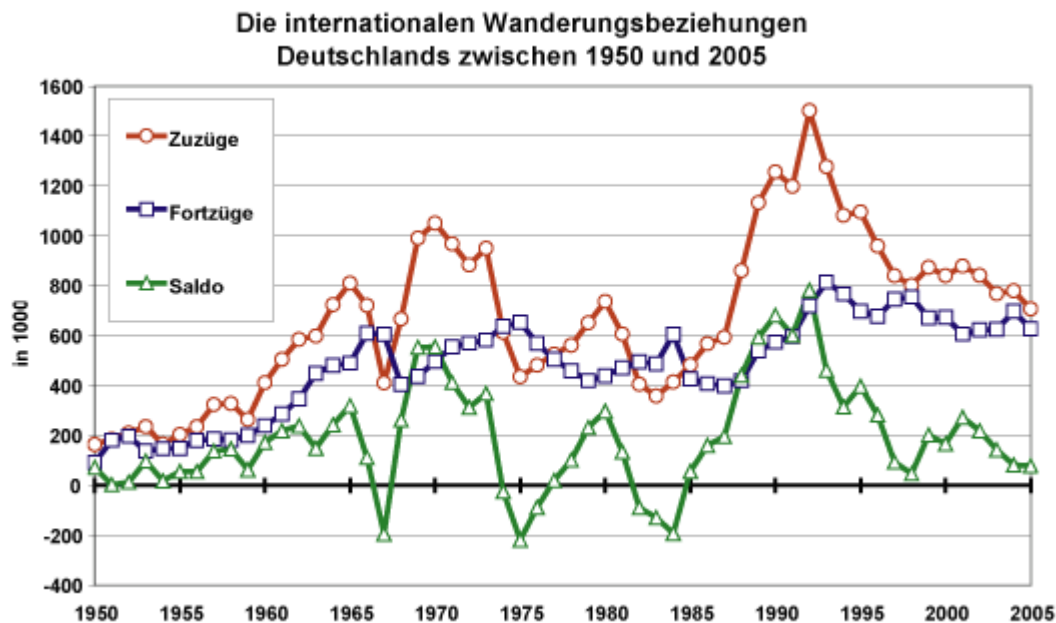


- Der Jugendquotient (unter 20-Jährige im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) wird in etwa bei 30 stabil bleiben.
- Der Gesamtquotient steigt von etwa 65 auf knapp 100, d.h. auf 100 Erwerbspersonen kommen im Jahr 2050 etwa 100 Menschen im Ausbildungs- oder Rentenalter.

(Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung 2008 und 2060, StaBu 2010)

Zu den Aspekten der Wanderungsbewegungen aus und nach Deutschland sowie innerhalb Deutschlands geben Erkenntnisse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Auskunft (www.bbr.bund.de).

Dass es auch zukünftig große Schwankungen im Außenwanderungssaldo geben wird, kann aufgrund des vergangenen Verlaufs (typische Eigenschaft) vermutet werden.

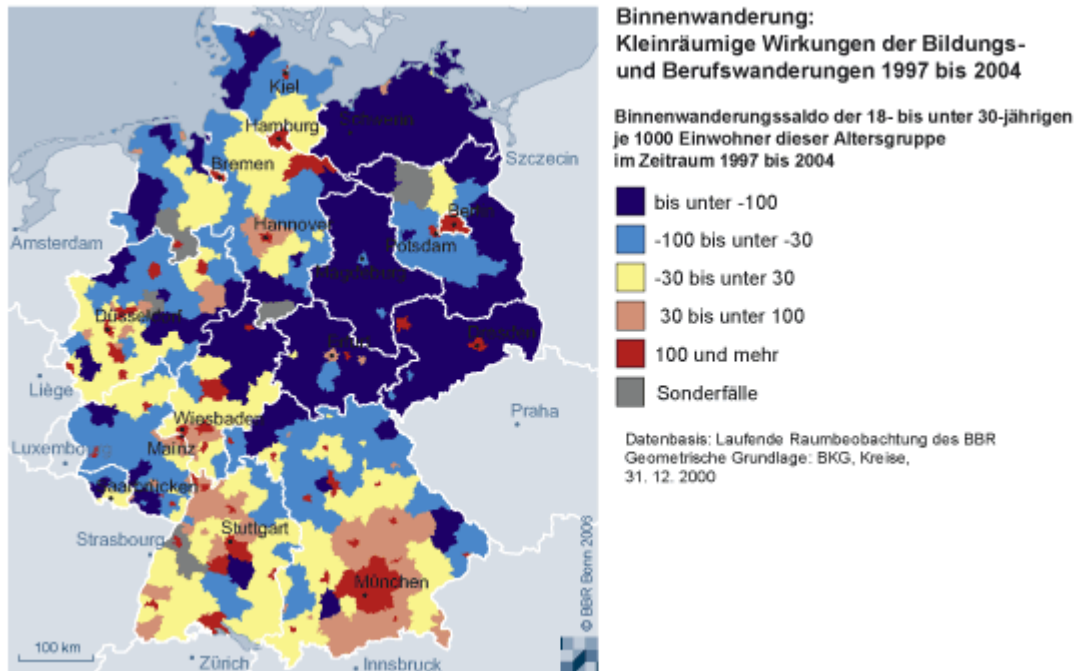


(Abb. 5: Die internationalen Wanderungsbeziehungen Deutschlands 1950-2005, BBR 2006)

Mit zunehmender räumlicher Differenzierung steigt in der Regel die Bedeutung von Wanderungen gegenüber den natürlichen Bewegungen (Geburten, Sterbefälle) für die Bevölkerungsentwicklung. Darüber hinaus sind Wanderungen, insbesondere Binnenwanderungen auch ein aussagekräftiger Indikator für regionale Disparitäten in den Bereichen Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder generell für Unterschiede in der Attraktivität von Regionen.

Binnenwanderungen werden sinnvollerweise nach Altersgruppen unterschieden. Die Wanderungen können dadurch näherungsweise mit den unterschiedlichen Motiven verbunden werden, die in bestimmten Lebensphasen dominieren. Auch hinter einem ausgeglichenen altersübergreifenden Wanderungssaldo verbergen sich häufig gegenläufige Bewegungen der einzelnen Altersgruppen.

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der „Zukunftsfähigkeit“ einer Region ist die Betrachtung der Wanderungsbewegungen der 18-30-Jährigen.



(Abb. 6: Binnenwanderung in Deutschland 1997-2004, BBR 2006)

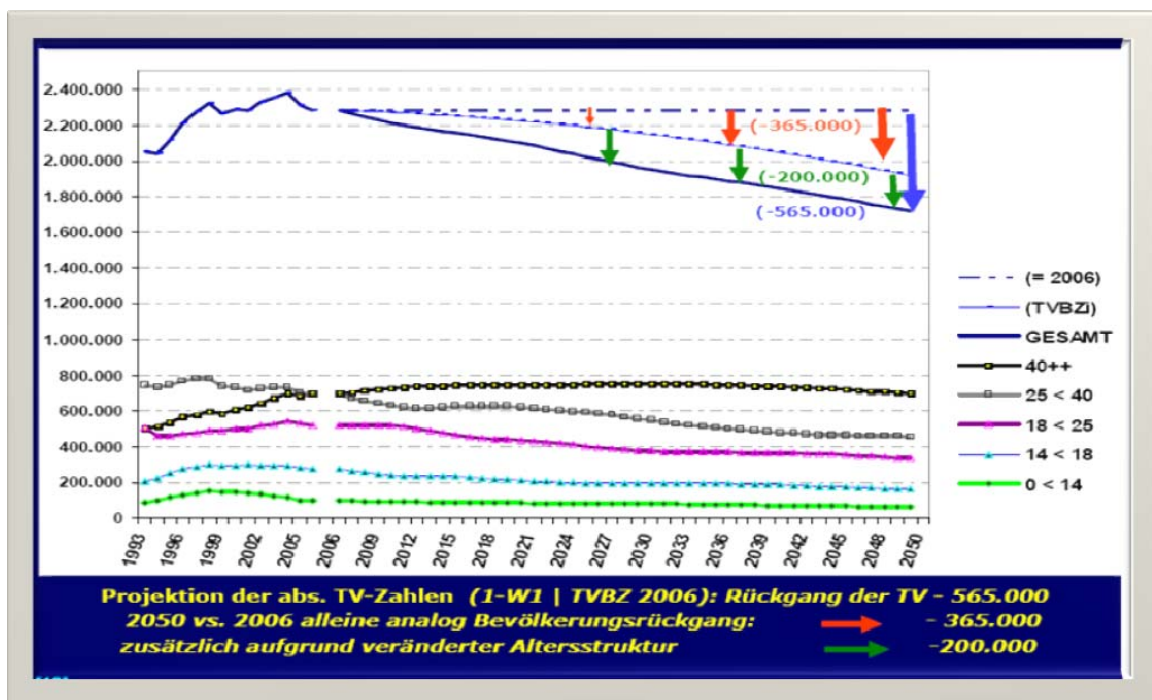
Bildungs- und Arbeitsmarktwanderung: In der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen sind die Bildung und die Erzielung von Erwerbseinkommen die zentralen Motive für Wanderungsentscheidungen. Für diese Gruppen sind die Städte mit ihren Hochschulstandorten und ihrem Arbeitsplatzangebot das bevorzugte Wanderungsziel. Der abgebildete Trend der „Entleerung“ von Gebieten (s.o.) wird sich fortsetzen.

3. Erkenntnisse und Überlegungen zum Zusammenhang von demografischem Wandel und Kriminalitätsentwicklung

Kriminalität ist als gesellschaftliches Phänomen und Problem eine abstrakte Dimension, die sich in - als strafbar normierten - Verhaltensweisen einzelner Menschen, in einzelnen und qualitativ sehr unterschiedlichen Delikten in der Lebenswelt konkretisiert und sich im Zeitlauf auch verändert, ein sehr vielfältiges Explanadum also, mit unterschiedlichen Differenzierungs- und Kategorisierungsmöglichkeiten. Die Auswirkungen des demografischen Wandels müssten demzufolge im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Deliktsbereiche / Delikte, auf die Deliktsstruktur, auf die Veränderung von Tatgelegenheiten, Tätermotivationen und Viktimisierungsrisiken sowie auf die Herausbildung Devianz fördernder Faktoren eingeschätzt werden, z.B. im Hinblick auf Gewaltphänomene.

Einen ersten Ansatz haben etwa **Wolfgang Heinz / Gerhard Spiess** in Ihrer Projektion **„Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050“** (vgl. *forum kriminalprävention* 3/2005) gewählt. Unter der Annahme konstanter

Belastungsniveaus der Altersgruppen werden langfristige Trends unter besonderer Berücksichtigung der zuletzt beobachteten Trends fortgeschrieben, eine Modellrechnung, die zeigt, wie auf der Basis der derzeit beobachteten altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastung und der derzeit plausibel anzunehmenden demografischen Veränderungen – bei sonst unveränderten Bedingungen – die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen und der Deliktsstruktur erwartbar ist. Diese Vorgehensweise wird von den Wissenschaftlern jedoch selbst für problematisch gehalten, weil zahlreiche weitere Faktoren der Kriminalitätsentwicklung nicht oder nur statisch einbezogen werden. Das Ergebnis ist eher unspektakulär: „Insgesamt ist mittelfristig eine stärkere Abnahme bei den typischerweise von jungen Menschen begangenen leichteren Delikten und ein Zunahme bei schwereren, erwachsenentypischen Delikten zu erwarten. Die absehbaren Verschiebungen sind aber insgesamt sehr gering.“



(Abb.7: Projektion der absoluten Tatverdächtigen-Zahlen, Heinz/Spiess 2005)

Zur „Phänomenologie der Alterskriminalität“ stellt **Klaus Laubenthal** (vgl. forum kriminalprävention 3/2005) fest: Die relative Belastung der alten Menschen liegt heute deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil (Unterbelastung). Es lassen sich keine altersspezifischen Delikte feststellen, d.h. Delikte, die in der Mehrzahl von alten Menschen begangen werden. Eine Besonderheit liegt eher in einem begrenzten Deliktsspektrum. Eigentums- und Verkehrsdelikte nehmen den ganz überwiegenden Anteil der Alterskriminalität ein. Weiterhin gibt es strafbares Verhalten älterer Menschen, dessen Ätiologie und Begehungsweise als alterstypisch zu bezeichnen ist (z.B. bei verbaler

Beleidigung, einfacher Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung). Alterskriminalität ist ganz überwiegend sog. Spätkriminalität, d.h. etwa drei Viertel der Altersdelinquenten geraten erstmals ins Hellfeld und werden wegen einer Straftat sanktioniert. Alterskriminalität gründet nicht selten auf dem physischen, psychischen und sozialen Alterungsprozess, was zu unterscheiden wäre von einer „späten“ Aufdeckung einer lebenslangen kriminellen Karriere. Auch können sich früher entstandene und manifestierte Dispositionen erst im Alter in kriminellem Verhalten auswirken.

Der steigende Anteil alter Menschen an der deutschen Bevölkerung bleibt nicht ganz ohne Auswirkungen auf deren Kriminalitätsbelastung, die entsprechend der Vorgehensweise von Heinz/Spiess quantifiziert werden könnte. Dennoch sind dramatische Verschiebungen hin zu statistisch signifikanter Alterskriminalität dabei nicht zu erwarten.

Aus der Opferperspektive betrachtet steigen die Herausforderungen bei der Eindämmung von Gewalt gegenüber alten pflegebedürftigen Menschen sowohl im familiären Umfeld als auch in stationären Pflegeeinrichtungen. Verlässliche Daten zur aktuellen Lage liegen nicht vor (Angaben in **Görgen et al. *Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen***, Studie im Auftrag des BMFSFJ, 2009) und fraglich ist, ob sie jemals in vollem Umfang ermittelt werden können. Wenn die Zahl der pflegebedürftigen Menschen aus demografischen Gründen steigen wird, dann ist auch mit einer Zunahme der Gewaltphänomene in diesem Zusammenhang zu rechnen.

In einer Modellrechnung hat das **Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nordrhein-Westfalen eine Prognose über die zukünftige Zahl von Pflegebedürftigen** und den Bedarf an Pflegearbeitskräften berechnet.

2009 konnten etwa 2,34 Millionen Pflegebedürftige im Rahmen des Pflegeversicherungssystems gezählt werden, bis zum Jahr 2020 wird von einem Anstieg auf 2,9 Millionen ausgegangen. Die relative Betroffenheit ist regional sehr unterschiedlich: Mit über 330 Pflegebedürftigen pro 10.000 Einwohner sind derzeit die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen am stärksten betroffen. In diesen Ländern wird die relative Betroffenheit bis zum Jahr 2020 zum Teil auf über 500 Pflegebedürftige pro 10.000 Einwohner ansteigen (Sachsen-Anhalt 508, Mecklenburg-Vorpommern 523). In der Modellrechnung wird davon ausgegangen, dass etwa ein Drittel in stationärer Pflege, ein weiteres Drittel von mobilen Diensten und ein letztes Drittel durch Angehörige zu pflegen sein wird.



(Abb. 8: Titel zum Alterungsaspekt)

Ohne nun die Quantität der Entwicklung von Gewalt gegen Pflegebedürftige genau voraussagen zu können, scheint es aber geboten, die bereits vorhandene Sensibilisierung bei den relevanten Präventionsakteuren aufzugreifen und die bisherigen Präventionsansätze und –konzepte weiterzuentwickeln und ihre Umsetzung auf allen Ebenen deutlich stärker zu fördern (vgl. Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: **Geborgenheit schenken, Schutz bieten - Sicherheit für Senioren**, Berlin / Stuttgart 2006). Entscheidend wird für diese Bemühungen eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Pflege sein (vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW / Forschungsgesellschaft für Gerontologie: Referenzmodelle zur **Förderung der qualitätsgesicherten Weiterentwicklung der vollstationären Pflege** 2004-2006, Düsseldorf 2006).

Die bisher beschriebenen Ansätze der „Kriminalprognose“ berücksichtigen kaum den Kontext der dynamischen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse im 21. Jahrhundert. Die Fragen nach den Risiken und deren sicherheitspolitisch bedeutsamen Auswirkungen in einer „Welt/Gesellschaft im Umbruch“ bleiben dort ausgeklammert und damit auch unbeantwortet.

Vor dem Hintergrund, dass der demografische Wandel insbesondere in Kombination und Wechselwirkung mit weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen tiefgreifende Veränderungen erwarten lässt, erhielte eine Betrachtung der Auswirkungen dieses Wandels erst dann eine (politische) Aussagekraft, wenn die Auswirkungen auf die Entstehungsbedingungen von Kriminalität hin und damit auf die Veränderung von Risikopotentialen / denkbaren Risiken untersucht werden.

Der von der **Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen vorgelegte Bericht „Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen“ (Düsseldorf 2006)** beschreibt die Schwierigkeiten, für Zukunftsaussagen relevante ökonomische und gesellschaftliche Dimensionen festzulegen. Er benennt dennoch einzelne Indikatoren (Anteil der männlichen 14-24-Jährigen Personen an der Bevölkerung, Arbeitslosenquote und private Konsumausgaben) und kommt mit Hilfe einer Zeitreihenanalyse zu dem Ergebnis gegenläufiger Trends: „Dem Zuwachs der Häufigkeitszahlen bei Körperverletzung, Raub und Betrugsdelikten stehen Rückgänge bei schweren Diebstahlsdelikten, Mord und Totschlag gegenüber.“ Die Entwicklung der Gesamtkriminalität in den letzten dreißig Jahren korreliert jeweils positiv mit den Indikatoren: „Je höher der Anteil der jungen Männer an der Bevölkerung, die die höchste Tatverdächtigenbelastung in der Bevölkerung aufweisen, desto mehr Straftaten werden registriert. Bei steigender Arbeitslosenquote und auch bei steigenden Konsumausgaben steigt die Gesamtkriminalität.“ Es wird die Frage aufgeworfen, welche gesellschaftlichen Dimensionen mit der Entwicklung von Kriminalität überhaupt und in welchem Umfang in Beziehung stehen. Je nach Deliktsform scheinen unterschiedliche Variablen von Bedeutung, die – abgesehen von der Demografie - nur sehr unsicher bzw. ungenau vorhersehbar sind. Im Fazit wird erklärt, dass auf der Basis von Zeitreihenanalysen wie auch auf der Basis anderer methodischer Verfahren Entwicklungen der Kriminalität kaum verlässlich prognostiziert werden können: „Die Gründe dafür ergeben sich daraus, dass auf die Kriminalitätsentwicklung sehr viele verschiedene gesellschaftliche Kräfte einwirken und sich auch diese Kräfte verändern.“ Nicht ein einzelner Faktor ist das Explanans, sondern die Verkettung unterschiedlicher Parameter.

Optimistischer ist im Hinblick auf ihre Aussagekraft die **Prognose zur Kriminalitätsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030 (Bornewasser, Dünkel, Weitermeier, 2008)**. Verknüpft werden Daten zur Bevölkerungsprognose mit (geschätzten) Annahmen zu den altersspezifischen Kriminalitätsraten einzelner Deliktgruppen. Die Annahmen stützen sich auf Daten der Kriminalstatistik und auf kriminologische Theorien. Prognostisch heißt es etwa: „Raubdelikte werden parallel mit dem Rückgang der Jugendlichen deutlich, die Körperverletzungen hingegen kaum abnehmen und die Straftaten gegen die persönliche Freiheit ganz leicht zunehmen.“ (ebd. S. 219).

Stefan Giebel und Stefanie Kemme (2010) haben ihre „**ersten Ansätze einer Prognose der Kriminalitätsentwicklung**“ auf die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Niedersachsen konzentriert. Die Autoren weisen darauf, „dass die Beziehung >weniger Jugendliche = weniger [Jugend-]kriminalität< nicht ohne Einschränkung und Beachtung des sozialen Rahmens gilt“ (ebd. S. 77). In **Sachsen-Anhalt** ist derzeit schon festzustellen, „dass [sich] die rasante Abnahme der jungen Bevölkerung auf die Kriminalitätsbelastung“ (ebd. S. 75) auswirke“, andererseits auf der Ebene der Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) auch gegenläufige Trends zu beobachten seien, etwa „ein rasanter Abfall der jugendlichen Bevölkerung und gleichzeitig ein Anstieg der relativen Zahl der Tatverdächtigen.“ Zu vermuten sei, „dass bei Anstieg der TVBZ mit Abnahme des Bevölkerungsanteils die Risikofaktoren für Straffälligkeit zunehmen“ (ebd. S. 75). Im Hinblick auf Prognosen halten es die Autoren für notwendig, relevante Faktoren zu identifizieren, welche die Kriminalitätsrate beeinflussen: „Die meisten Faktoren [unterliegen] einer größeren Unsicherheit als Bevölkerungsvorausschätzungen... Die Möglichkeiten einer Prognose hängen von der Güte der Vorausschätzungen der die Kriminalität beeinflussenden Indikatoren ab“ (ebd. S. 85).

Aktuell (März 2011) liegt der erste **Zwischenbericht „Kriminalitätsentwicklung 1995 bis 2008: Ergebnisse einer Expertenbefragung“ im Projekt des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KfN) „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung sowie die Arbeit der Polizei, der Strafjustiz, des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe“ (Kemme / Hanslmaier / Stoll, 2011)** vor. Die Wissenschaftler verfolgen bis Ende 2012 das Ziel, Zukunftsszenarien für die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt u.a. zur Tatverdächtigenbelastung bis in das Jahr 2030 zu erstellen. Im (abgeschlossenen) ersten Schritt ist die Kriminalitätsentwicklung von 1995 bis 2008 bezogen auf unterschiedliche Deliktgruppen retrospektiv analysiert worden. In einem zweiten Schritt sollen multifaktorelle Modelle zur Erklärung der bisherigen Verläufe und darauf aufbauend in einem dritten Schritt die Zukunftsszenarien erarbeitet werden. Die unterschiedliche Demografie der einzelnen

Bundesländer zeigt eine starke Betroffenheit von Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowohl bei der Zunahme der Einwohner ab 60 Jahren als auch beim Anteil der Personen unter 14 Jahren. Zur Frage der Prognose-Relevanz für Kriminalität wird einerseits die demografische Entwicklung als zentraler Faktor benannt, andererseits hervorgehoben, dass „eine einfache Projektion der Bevölkerungsentwicklung auf die Kriminalitätsentwicklung unter Annahme einer konstanten Belastung oder unter Fortschreibung bestehender Trends keinesfalls die Grundlage einer Prognose im Sinne einer Aussage über eine zukünftige Entwicklung sein [kann...] Sinkt also beispielsweise die Anzahl von Jugendlichen [...] und nimmt gleichzeitig deren Belastung zu, so kann dies im Endeffekt sogar zu mehr Delikten und Tatverdächtigen führen“ (ebd. S. 10). Um die Verläufe der registrierten Kriminalität retrograd zu erklären wurden mittels Expertenbefragungen endogene Faktoren (Kontrollfokussierung und-intensität der Polizei, Registrierungspraxis, justizielle Praxis u.a.) sowie exogene Faktoren (strafgesetzliche Änderungen, Sensibilisierung und Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung, Sicherheitstechnik und Präventionsmaßnahmen, Drogen- und Alkoholkonsum, ökonomische Situation, kulturelle Besonderheiten, Erziehung / familiäre Situation / Bildung und Medienkonsum) identifiziert und herangezogen. Mit Hilfe der Faktoren werden verschiedene deliktspezifische Erklärungsmodelle erarbeitet. Dass für nicht alle Parameter hinreichende Datenquellen vorhanden sind, ist für das Projekt problematisch und wird u.a. die Brauchbarkeit der Ergebnisse beeinflussen. Annahmen über die Entwicklung der unabhängigen Variablen werden letztendlich und auch bei adäquater Szenarienbildung eher spekulativ bleiben (müssen).

Weitere wesentliche Parameter, die für die Fortentwicklung einer intakten und für alle Einwohner lebenswerten, sicheren Gesellschaft als bedeutsam erkannt sind und in die Betrachtungen einbezogen sein müssten, werden vielfach für folgende Bereiche beschrieben: ökonomische Innovationskraft, Wachstum der Volkswirtschaft, technischer Fortschritt, Beschäftigungsniveau / Arbeitslosigkeit, Funktionsfähigkeit der staatlichen Daseinsvorsorge / Sozialversicherungssysteme, Zusammenhalt / Solidarität der gesellschaftlichen Gruppen / Milieus und der Generationen, kulturelle Vielfalt und Toleranz, Stabilität der demokratischen Institutionen und Prozesse, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, Zuwanderung und Integration, Aufrechterhaltung wichtiger Infrastrukturen, gleichwertige Lebensverhältnisse, Unterstützung von Kommunen / Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf und weitere.

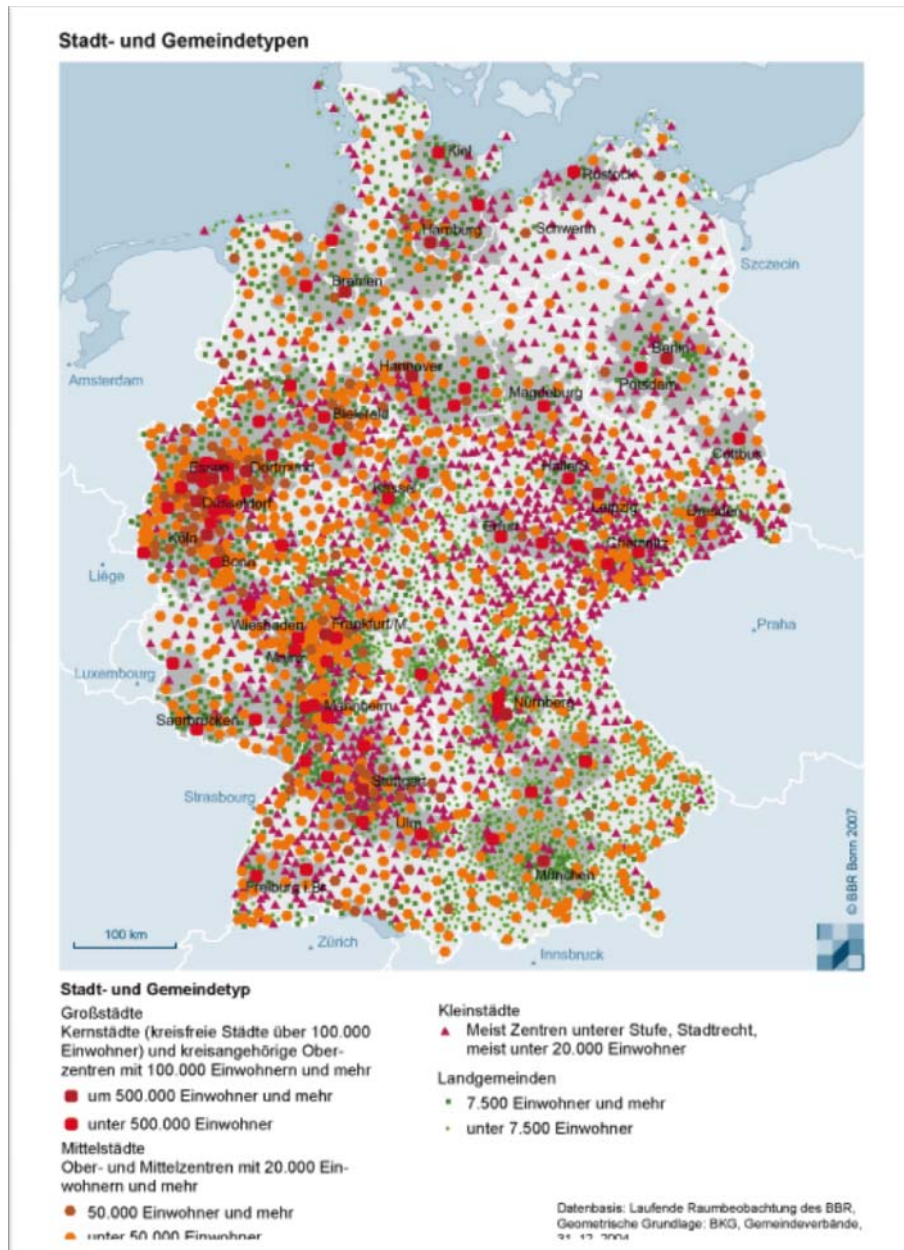
Beachtlich waren die Anstrengungen im Projekt **„JuKrim 2020 – Mögliche Entwicklungen in der Jugend(gewalt)kriminalität in Deutschland: Szenarien, Trends, Prognosen 2010-2020“** bei der **Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol, 2010)**. Der Studienbericht, der die Entwicklungen der Jugendkriminalität in der Dekade bis 2020 mit prognostischer

Zielsetzung analysiert und auf ihre Bedeutung für Prävention und Intervention untersucht, liegt seit Ende des Jahres 2010 vor. Die grundsätzlichen Einschränkungen einer zukunftsgerichteten Studie ließen sich naturgemäß nicht überwinden, insbesondere wenn - wie hier - der Untersuchungsgegenstand selbst durch eine Vielzahl komplexer Einfluss- und Bedingungsfaktoren und durch eine wenig belastbare Datenbasis gekennzeichnet ist, was der Prognostizierbarkeit von Entwicklungen zusätzlich Grenzen setzt. Ungeachtet dessen lässt sich als ein Ergebnis der Untersuchung festhalten, dass die Veränderungen im Bereich der Jugendkriminalität nach Ansicht der Experten in den nächsten zehn Jahren weniger gravierend ausfallen werden. Zwar werde sich aller Wahrscheinlichkeit nach die Kriminalitätsbelastung unter Jugendlichen leicht erhöhen, aber die absolute Zahl polizeilich registrierter Tatverdächtiger zurückgehen. Die bisherige Problemgruppe der Mehrfach- und Intensivtäter könnte in den nächsten zehn Jahren noch stärker in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden und Hilfeinrichtungen rücken, weil immer mehr Jugendliche immer geringere Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe infolge steigender sozialer Ungleichheit haben und starken kriminogenen Einflüssen ausgesetzt sind.¹

¹ Eine Einschätzung zur zum Gewaltverhalten von Jugendlichen im Verlauf der Dekade 1998-2008: Wolfgang Kahl 2011, www.kriminalpraevention.de / Publikationen

4. Zum Phänomen der Gleichzeitigkeit einer extremen Vielfalt regionaler und kommunaler Bevölkerungsentwicklung

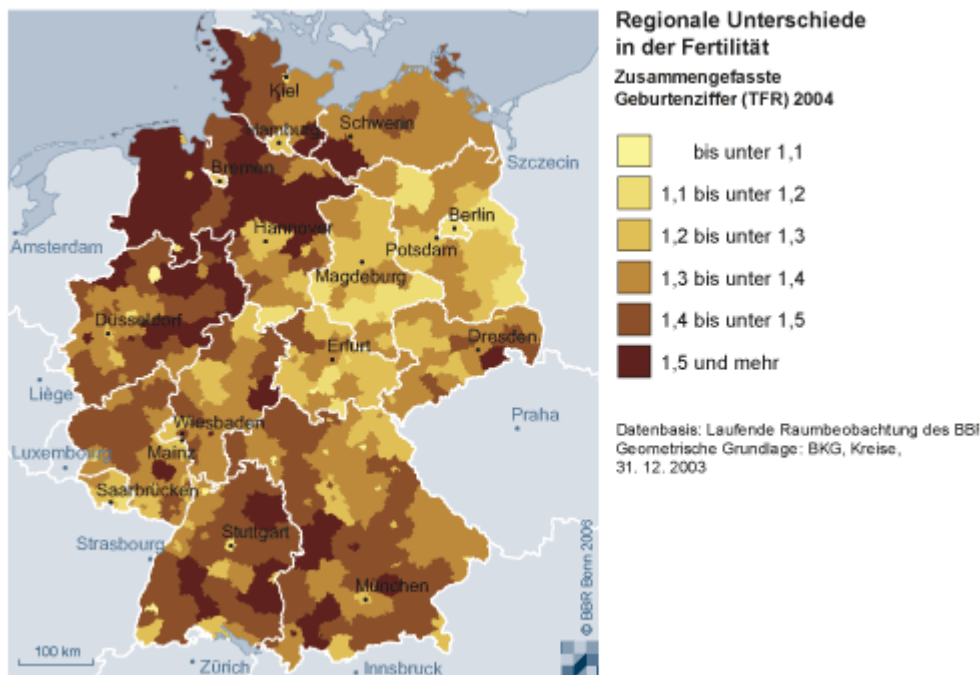
Um den komplexen Wandel zu analysieren, ist eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im Durchschnitt aller Kommunen nicht ausreichend.



(Abb. 9: Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, BBR 2006)

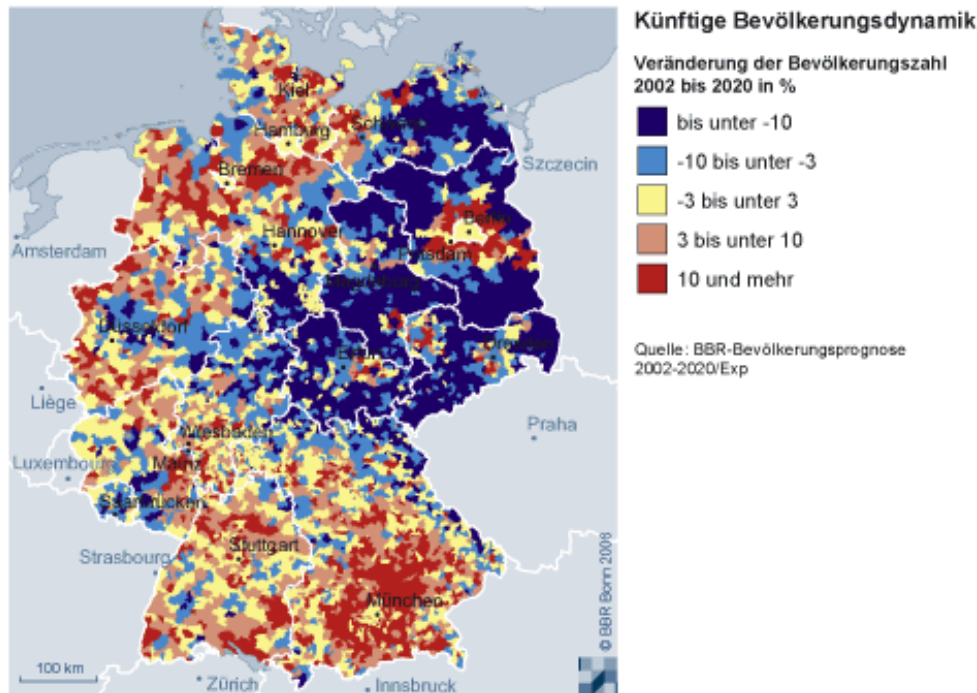
Infolge der Binnenwanderung (im Wettbewerb zwischen den Regionen und Kommunen) werden beispielsweise in den nächsten Jahrzehnten die Einwohnerzahlen der Metropolregionen weiter steigen, während strukturschwache Kommunen dramatisch schrumpfen. Darüber hinaus sind auch die Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur der einzelnen Kommunen zu erwarten und zu betrachten.

Regionale Unterschiede lassen sich bereits hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit feststellen. Unterschiede bei der Geburtenhäufigkeit können als Reaktion auf voneinander abweichende Rahmenbedingungen für die Familiengründung sowie durch kulturelle, konfessionelle und lebensstilspezifische Besonderheiten interpretiert werden. Eine große Rolle spielt dabei auch die Wohnortwahl von Frauen in verschiedenen Phasen des Lebenszyklus.



(Abb. 10: Regionale Unterschiede in der Fertilität in Deutschland, BBR 2006)

Zentrales Ergebnis der Raumordnungsprognose des Bundesamtes für Raumordnung und Bauwesen mit Blick zum Jahr 2020 ist die räumliche Spaltung der Bevölkerungsentwicklung. Es wird noch über Jahrzehnte hinweg das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen geben. Die erwartete Dynamik der Gemeinden bis 2020 zeigt ein nur leicht verändertes Muster gegenüber der Vergangenheit. Die frühere innerdeutsche Grenze bildet sich in der Bevölkerungsentwicklung kaum noch ab, wiewohl tendenziell ein Ost-West-Gefälle weiterhin feststellbar ist:

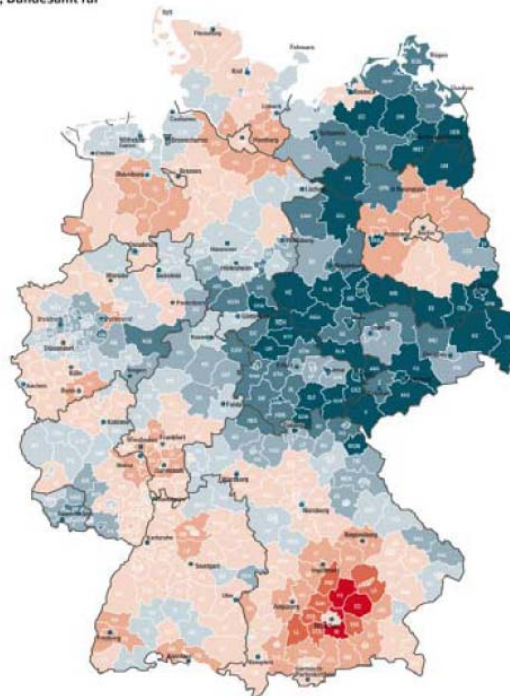


(Abb. 11: Künftige Bevölkerungsdynamik in Deutschland, BBR 2006)

„Vom Ruhrgebiet in Richtung Osten erstreckt sich ein breiter keilförmiger Korridor, in dem vermehrt und zusammenhängend Gemeinden mit abnehmender Bevölkerung liegen. Nordhessen, das südöstliche Niedersachsen und Teile Frankens bilden diesen Keil. In den neuen Ländern dürfen allenfalls suburbane Räume größerer Städte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle oder Rostock mit Bevölkerungszunahme rechnen. Die bisher ausgedehnten Wachstumsregionen des Westens ziehen sich zurück auf ihre Kerne und >verinseln< immer mehr. Als größere zusammenhängende Gebiete verbleiben im Süden der Raum um München und im Nordwesten das Gebiet um die beiden Hansestädte. Auch die Rheinschiene von Düsseldorf bis in die Oberrheinische Tiefebene und zum Mittleren Neckar, der südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet erwarten noch ein gewisses Wachstum. Die gesplante Dynamik führt zu einer großräumigen Bevölkerungsumverteilung, die im Osten anders aussieht als im Westen“ (vgl. Raumbewertung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, www.bbr.bund.de).

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2008 bis 2025 in Prozent

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung



(Abb. 12: Prognose des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung bis 2025, Studie 2011)

Die **Bertelsmann-Stiftung** hat im Rahmen eines interdisziplinär angelegten Projekts zur demografischen Entwicklung (bis zum Jahr 2020) kleinräumige Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung für alle Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern vorgenommen. Anschließend wurden diese knapp 3000 Städte und Gemeinden (in den ca. 85% der Bevölkerung Deutschlands leben) auf der Basis von acht Indikatoren (Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2020, Medianalter 2020, Arbeitsplatzzentralität 2003, Arbeitsplatzentwicklung 1998 bis 2003, Arbeitslosenquote 2003, Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2000 bis 2003, Qualifikationsniveau der Einwohner, Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern) im Rahmen einer Clusteranalyse typisiert. 2959 Kommunen wurden in 15 möglichst homogene Cluster zusammengefasst, die zueinander möglichst große Unterschiede aufweisen:

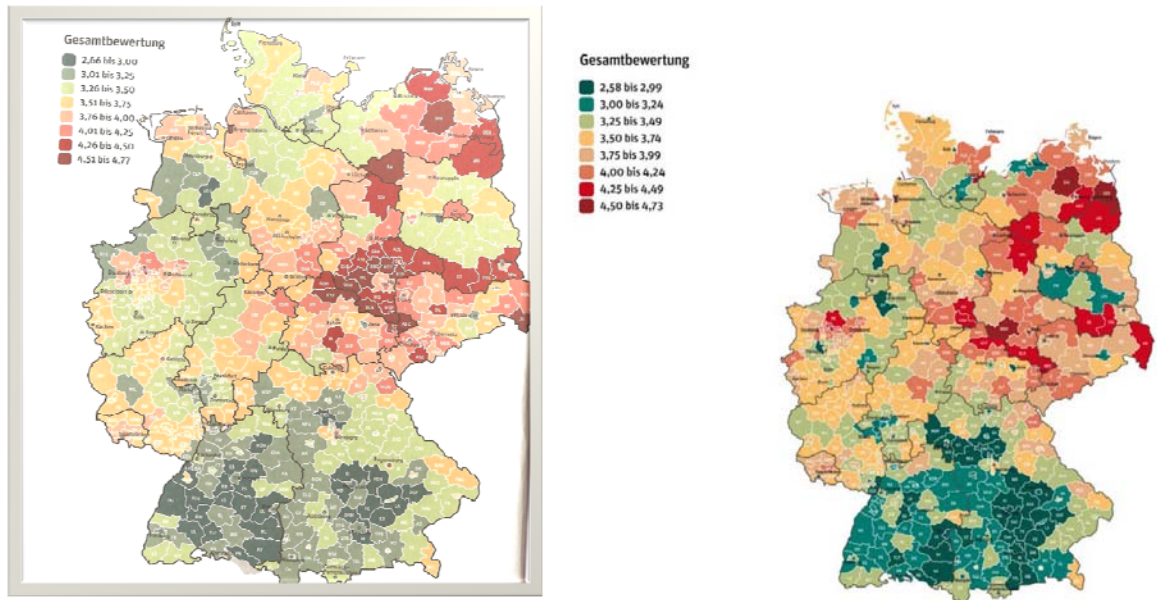
- Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil
- Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte
- Prosperierende Wirtschaftszentren
- Stabile Großstädte mit hohem Familienanteil
- Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotentialen

- Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil
- Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen
- Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung
- Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil
- Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik
- Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum
- Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität
- Exklusive Standorte

Gleichwohl ist innerhalb der Cluster eine teils erhebliche Varianz der Variablen festzustellen. In jeder Gruppe dominieren zwar bestimmte demografische Trends. Eindeutige Profile, die für alle Clusterkommunen gleichermaßen gelten, gibt es allerdings nicht. Zumeist waren die Indikatoren Arbeitsplatzzentralität, Steuerkraft und Arbeitsplatzentwicklung für die Typisierung wirksamer als die Parameter Bevölkerungsentwicklung und Medianalter. Damit wird auch die Hypothese bestätigt, dass eine isolierte Betrachtung der Demografie kaum hinreichende Anhaltspunkte für eine Interpretation gesellschaftlicher Zukunftsmodelle bietet. In weiteren Schritten wurden die wesentlichen Herausforderungen für die jeweiligen kommunalen (Demografie-)Typen erarbeitet und erste Handlungsansätze aufgezeigt. Experten aus Wissenschaft und Praxis haben dann für elf zentrale Handlungsfelder (Infrastruktur, Finanzen, Stadtgestaltung/Urbanität, soziale Segregation, Wohnungsmarkt, Integration, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Seniorenpolitik, Bildung, Bürgerengagement, Arbeitsmarkt) Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen bewegen sich im Spannungsfeld einerseits unerwünschten Entwicklungen gegenzusteuern und sich andererseits auf nicht mehr beeinflussbare Veränderungen rechtzeitig einzustellen. Die Ergebnisse sind im **„Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden“** (Gütersloh, 2006) veröffentlicht. Weiterhin wird im Rahmen der „Aktion Demografischer Wandel“ (www.aktion2050.de) durch Kooperationen und Stiftungsprojekte ein längerfristiges Netzwerk gebildet. Schwerpunkt ist die Beratung kommunaler, regionaler und landespolitischer Entscheidungsträger.

Auch die **Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Die Demografische Lage der Nation“** (Berlin, 2006 und 2011) bündelt verschiedene demografische, ökonomische und soziale Indikatoren und gibt einen Überblick über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Städte und Landkreise. Eine Ist-Analyse der Indikatoren wird um demografische und ökonomische Trendbewertungen ergänzt. Es ergeben sich skalierte Notenwerte für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise und für die

Bundesländer jeweils zusammengefasst. Rangfolgen (positive und negative Trends) und Cluster (hohe, mittlere und niedrige Werte) lassen sich entsprechend bilden. Es werden die zwölf wichtigsten Ergebnisse dargestellt und dann die Bundesländer in ihren Besonderheiten betrachtet.

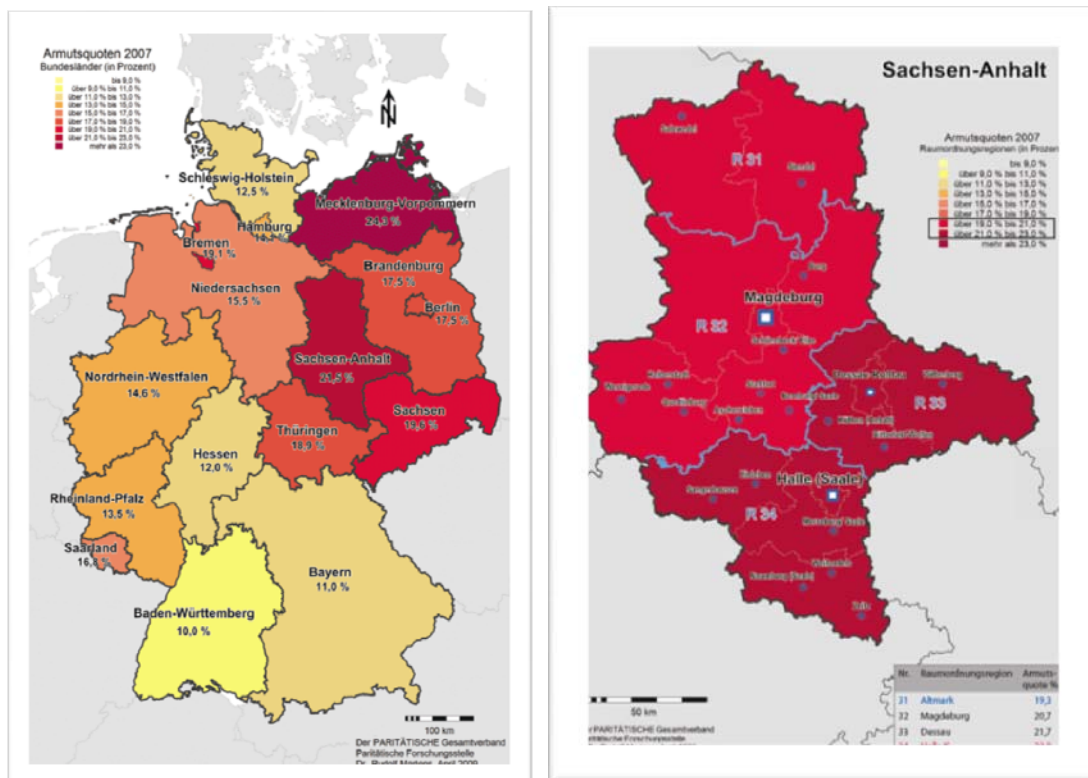


(Abb. 13: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2006 und 2011)

In den Darlegungen wird deutlich, dass sich Schrumpfungsprozesse regional konzentrieren, dass sich in den schrumpfenden Regionen die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte und sozialen Ungleichheiten verschärfen und verfestigen werden. Weniger werden unmittelbare Generationenkonflikte eine Rolle spielen als vielmehr regionale und soziale Gegensätze und Konflikte. Der Fortgang des Trends einer demografischen Ausdünnung insbesondere ostdeutscher Kommunen aber auch ländlicher und städtischer Gebiete Westdeutschlands kann dramatische Folgen annehmen.

Die **Fortschreibung der Untersuchung des Berlin-Instituts 2011** bestätigt die Trends und pointiert, dass der demografische Wandel „immer mehr zu einer Krise der peripheren ländlichen Räume“ werde: „Am Ende der Skala in Sachen Zukunftsfähigkeit finden sich nach wie vor überwiegend Kreise aus dem Osten – vor allem aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Ostdeutschland bleibt die demografische Krisenregion. Allerdings zeigt sich an den kritischen Kandidaten im Westen, dass auch dort der Trend abwärts geht: Vor allem altindustrielle Kreise im Ruhrgebiet [...] weisen neben niedrigen Kinderzahlen einer starke Überalterung, sowie Abwanderung und sehr schlechte Wirtschaftsdaten auf“ (Pressemeldung des Berlin-Instituts zur Veröffentlichung der neuen Studie am 15.03.2011).

Die Darstellungen im „**Armutsatlas**“ der **Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes 2009** stützen die Befunde der Demografie-Experten im Hinblick auf eine sozial und räumlich auseinanderdriftende Gesellschaft. Der amerikanische Ökonom **Benjamin Friedmann** (2005) hat soziale politische und moralische Konsequenzen bei fehlender wirtschaftlicher Entwicklung in Zusammenhang gestellt und darauf hingewiesen, dass mit abnehmendem Lebensstandard auch Defizite bei den Werten wie Fairness, Großzügigkeit, Toleranz und Demokratiebewusstsein einhergehen.

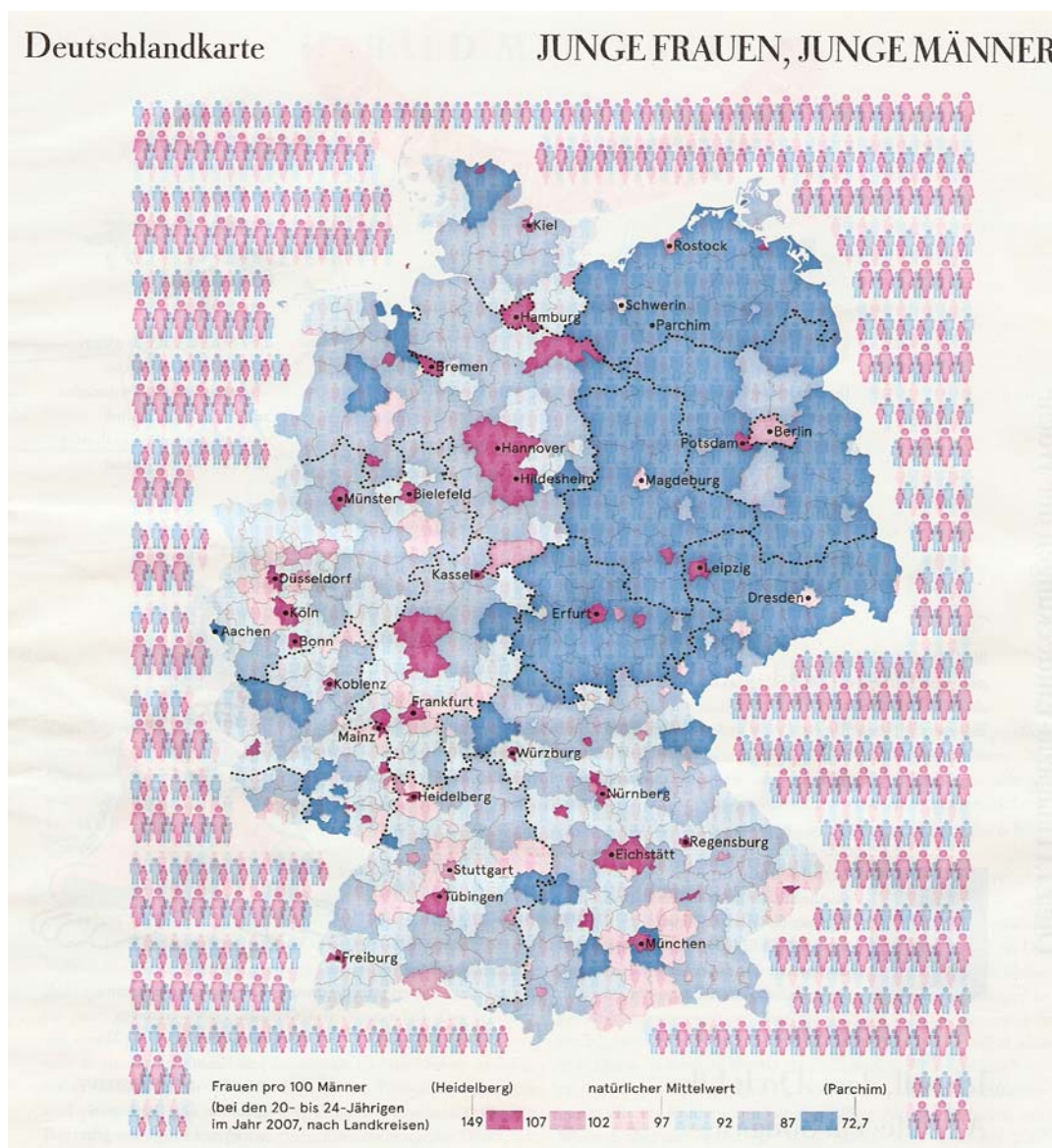


(Abb. 14: Armutsquoten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt, vgl. www.armutsatlas.de)

5. Zu den Risiken der Gewalt- und Vorurteilskriminalität in „schrumpfenden und alternden Gebieten mit hoher Abwanderung“

Aus den Erkenntnissen des Raumordnungsberichts des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung 2005 und auch von den Ergebnissen der Studien „Die demografische Lage der Nation“ (2006) und „Not am Mann“ (2007) vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung sowie vom „Armutsatlas“ (2009) kann u.a. abgeleitet werden, dass besondere Risiken im Hinblick auf eine Entstehung subkultureller Milieus potentieller (vorurteilsbereiter) Gewalttäter räumlich betrachtet dort zu erwarten (und zum Teil auch schon sichtbar) sind, wo ökonomische(r) und demografische(r) Stagnation bzw. Rückgang die Herausbildung einer

zurückbleibenden, perspektivlosen, sozial unterprivilegierten und vor allem männerlastigen Unterschicht indiziert: In ohnehin dünn besiedelten, peripheren Gebieten wird sich kaum noch eine angemessene öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten lassen, was wiederum zu weiterem Bevölkerungsschwund führen könnte. Frauen wandern überproportional häufig ab, weil sie im Durchschnitt bessere Schul- und Ausbildungsergebnisse aufweisen, was es Ihnen leichter macht, andernorts auf Job- und Studienplatzsuche zu gehen. Die höchsten Frauendefizite haben deshalb Regionen, in denen der Arbeitsmarkt für qualifizierte junge Frauen besonders wenig zu bieten hat. Diese Trends betreffen die ostdeutschen Bundesländer (vor allem ländliche Gebiete / Kleinstädte) aber auch Teile des (städtischen) Ruhrgebiets, wo ergänzend Herausforderungen bei der Integration von zugewanderten Mitbürgern zu bewältigen sind.



(Abb. 15: Deutschlandkarte „Junge Frauen, junge Männer“, Zeitmagazin 13. Januar 2011)

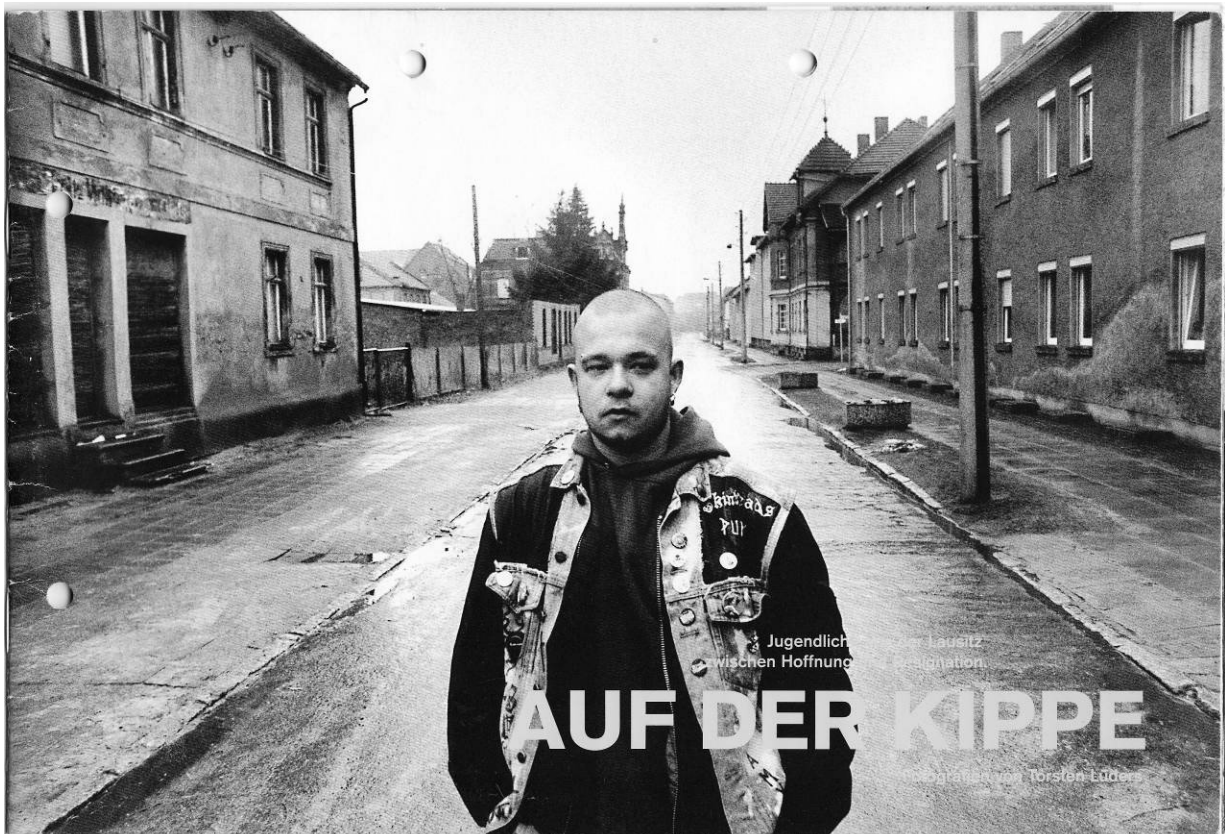
Der **Soziologe Heinz Bude** beschreibt das Phänomen der sozialen Exklusion, das sich nicht (allein) durch gesellschaftliche Benachteiligung und relative Armut erfassen lasse. Gesellschaftlicher Ausschluss bedeute für die Betroffenen, dass ihre Teilhabe nicht mehr gefragt ist: „Was sie können, braucht keiner, was sie denken, schätzt keiner, und was sie fühlen kümmert keinen (Bude 2010, S. 15) [...] Gemeinsam ist ihnen, dass sie für sich keine Perspektive mehr sehen, dass sie den Mut verloren haben und zu der Überzeugung gelangt sind, dass es auf sie nicht mehr ankommt.“ (ebd. S.20)



(Abb. 16: Buchttitel)

Aus vielen unqualifizierten und deshalb in ihren Regionen zurückbleibenden jungen Männern entstehen neue gewalttätige Milieus. Die Ergebnisse des Projekts **„Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen“ (BMJ/DFK Berlin 2006)** ergänzen zur Phänomenologie solcher Gewaltmilieus, die häufig von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden:

- Viele dieser Gewalttäter weisen zunächst ein hohes Gewaltpotenzial auf, das vermutlich in der familiären Sozialisation erworben wurde, und lernen erst später die Rechtfertigungen - den „ideologischen Überbau“ - für ihre aggressiven Interaktionen in Cliquensozialisationen.
- Sehr hoch ist der Anteil der Gewalttäter, die ein (sehr) niedriges Bildungsniveau haben. Das niedrige Bildungsniveau basiert auf einem Konglomerat von Faktoren wie etwa zerstörte familiäre Verhältnisse mit ihren zirkulären Prozessen und Traumatisierungen („broken home“), problematische damit korrespondierende soziale Umgebung (Milieu, Nachbarschaft, Clique, usw.), Störungen des Sozialverhaltens, Persönlichkeitsdefizite sowie vor allem mangelnde Lebensperspektive. Die Störung des Sozialverhaltens erreicht bei sehr vielen eine pathologische Dimension, Gewalt ist ein zentraler Bestandteil.



(Abb. 17: „Auf der Kippe“, Fotografie von Torsten Lüders, Greifenhain 2000)

- Gewalttäter bedienen sich leerer Floskel und Platituden als inhaltsloses Alibi für gemeinsame Gewalttätigkeit ohne die ideologischen Hintergründe zu kennen und verstanden zu haben. Attraktiv sind die Gewalt rechtfertigenden und fördernden Inhalte des Rechtsextremismus (wie rassistische Selbstübersteigerungen, Daseinskampf, „Recht des Stärkeren“, Hierarchie, Härte und Männlichkeit).
- Vorurteilsbedingte Gewalt kann durch Gruppenprozesse (häufig auch in Verbindung mit Alkohol) erheblich forciert werden, da die tausalösenden Reize gegenseitig verstärkt werden, Gewalt anerkannt wird und zu Prestige bei den anderen führen kann. Das Gruppengefühl der Stärke, der erlebte Gruppendruck und die Verantwortungsdiffusion können die Täter weiter enthemmen. Hinzu kommt immer ein konkreter Anlass / die unmittelbare Situation des Handelns (Aktualgenese).
- Übermäßiger und unkontrollierter Konsum von massenmedialen Angeboten und auch Computerspielen kommt anerkanntermaßen große Bedeutung bei der Erzeugung von Vorurteilen und Feindbildern ebenso zu wie bei der Erhöhung der Gewaltbereitschaft durch die Darbietung gewaltsamer Modelle der Konfliktaustragung.
- Weiteres Kennzeichen sind Empathiedefizite: „In den Augen der jungen Täter ist kein Mitleid, kein Bedauern zu erkennen.“

In drei Analysen zu einzelnen Gemeinden der Regionen Anklam, Ueckermünde und Lübtheen in Mecklenburg-Vorpommern wurde das politische Gefährdungspotential rechtsextremer Gewaltmilieus von einem Forscherteam analysiert und im Band **„Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“** (Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun, 2010) beschrieben.

Die aktuelle empirische Forschung des **Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KfN)** zu **„Jugendlichen als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt“** (Baier et al. 2010) fußt auf Selbstauskünften von rund 2.600 Schülern der 9. Jahrgangsstufe des Schuljahres 2008/2009 aus einer repräsentativen Auswahl von Schulen des Bundeslandes. Sowohl die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik als auch die durch die Befragung vorgenommene Aufhellung des sogenannten Dunkelfeldes ergeben eine überdurchschnittliche Kriminalitäts- und (nach Berücksichtigung von Verzerrungsfaktoren) Gewaltbelastung bei Jugendlichen: „Hinsichtlich einiger Bedingungsfaktoren der Jugendgewalt ergeben sich höhere Belastungen in Sachsen-Anhalt als im Bundesdurchschnitt, so dass die höhere Gewaltbelastung damit zum Teil erklärt werden kann [...] Erstens ist hier der Anteil an Jugendlichen größer, die gewaltakzeptierende Einstellungen aufrecht erhalten [...] Zweitens berichten in Sachsen-Anhalt mehr Jugendliche, dass sie in delinquente Freundeskreise eingebunden sind [...] Drittens existieren an den Schulen seltener gewaltpräventive Akteure oder Programme“ (ebd. S. 12). Auch der Medienkonsum (Fernsehen, Computerspielen, Internet) sei überdurchschnittlich.

Schließlich ist zu befürchten, dass bei Menschen, die in Gewaltmilieus leben, der perspektivlose „Verliererstatus“ nicht nur das individuelle Bewusstsein bestimmt sondern sich die daraus resultierende destruktive Energie auch zunehmend kollektiv potenziert entlädt.

Der *Soziologe Heinz Bude* formuliert es treffend: „Vor diesem Hintergrund muss man die neuerlichen Befürchtungen über das Entstehen einer »gefährlichen Klasse« von Jungmännern sehen. Es existieren desperate Bilder, die im Grunde aufs Gleiche hinauslaufen: Rechtsradikale Hooligans, die sich gezielte Schlachten mit der Polizei liefern, jugendliche Trinker, die den Exzess suchen, und türkische Großstadtjungen, die sich den Bildungsinstitutionen verweigern. Man fürchtet die Herausbildung einer männlichen Jugendkultur der Gewalt, der Verwahrlosung und der Verachtung. Die verschiedenen Problemanzeigen verdichten sich im Bild junger, arroganter, gewaltbereiter Männer, die den gesellschaftlichen Platz, den man ihnen anbieten kann, ausschlagen. Sie weigern sich, die anspruchlosen, schlechtbezahlten Dienstleistungsjobs anzunehmen, zu denen sie aufgrund ihrer Qualifikation Zugang hätten, und gebärden sich stattdessen wie die zukünftigen Herren imaginärer Reiche rassischer Reinheit oder ethnischer Höherstellung. Sie treten als

geheiligte Zornkollektive auf, die auf Rache an einer Welt sinnen, die ihnen die Bedeutung verweigert, die sie beanspruchen zu können glauben“ (Bude, 2010, S. 86).

Es gilt zu verhindern, dass Menschen zu Abfall werden, weil sie niemand mehr braucht und ihr Leben nutzlos erscheint. Es geht um ihre Menschenwürde und vor allem um die Menschenwürde ihrer potentiellen Opfer. Bereits jetzt steht die Gerichtsbarkeit in den betroffenen Regionen mit den Folgen von Fehlentwicklungen da, bei denen Prävention versäumt wurde (vgl. etwa Die Zeit vom 23.Juni 2005, **Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht** – Der Fall Ronny B. oder warum verwehrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben sowie die Analyse von **Andres Veiel: Der Kick** – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007).

Kontinuierlich werden diese Entwicklungen auch in den jährlich erscheinenden Folgen der „**Deutschen Zustände**“, die Zwischenergebnisse aus dem 2002 unter Federführung von **Wilhelm Heitmeyer** begonnenen auf zehn Jahre angelegten Projekt „**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**“ berichtet, analysiert und Handlungsbedarfe und Lösungsansätze formuliert. Daran gilt es ernsthaft anzuknüpfen.

Vergleichbare Gefahren bestehen bei sich abschottenden Migranten, insbesondere in schrumpfenden Industriestandorten Westdeutschland. Jungen und junge Männer mit geringen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, mit einem kulturell geprägten Männlichkeitsbild und –status bleiben ohne Anschluss und gesellschaftliche Integration und fallen durch hohe Gewaltbereitschaft und -tätigkeit auf. Welche Auswirkungen möglich sind, haben die Unruhen in Frankreich Ende des Jahres 2005 gezeigt.

6. Zu den politischen Handlungserfordernissen bei der Gestaltung des Wandels

Die genannten und auch weitere Studien weisen darauf hin, dass jetzt in den verschiedenen Politikfeldern reagiert werden muss. Es bedarf einer Strategie, an der alle relevanten Akteure/Ressorts, über kurzfristige Wahlperioden hinaus, mitarbeiten, eine Strategie die eine klare Priorisierung und zeitliche Sequenzierung von präzise definierten Maßnahmen umfasst.

Bundestag, Bundesregierung und andere politische Akteure haben (zumeist unter Beteiligung von Experten) entsprechende Problemanalysen und strategische Politikansätze entwickeln lassen, die über die aktuelle Tagespolitik hinausgehen.

Bereits 1992 hatte der 12. Deutsche Bundestag das Erfordernis gesehen, eine Kommission mit dem Thema „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ zu beauftragen. Die Enquete-Kommission unter Leitung von MdB Walter Link (CDU/CSU) hat 1994 und 1998 jeweils einen

Zwischenbericht und 2002 einen Abschlussbericht vorgelegt. Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden analysiert und bewertet. Im Ergebnis werden politische Handlungsempfehlungen (für die Bereiche 1. Generationenverhältnis und Familie, 2. Arbeit und Wirtschaft, 3. Migration und Integration, 4. Alterssicherung, 5. Gesundheit, Pflege und soziale Dienste) formuliert, „die zu einem veränderten positiven Denken im Sinne der Chancen des demographischen Wandels beitragen sollen.“

Auch daran anknüpfend sind im **Koalitionsvertrag 2009** zwischen CDU, CSU und FDP für die Bundesebene zukunftsgerichtete Politikansätze in den unterschiedlichen Handlungsfeldern vereinbart, etwa

Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im demografischen Wandel

Als eine besondere Aufgabe wird künftig „die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Räumen“ gesehen, dem demografischen Wandel ist vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, eine ressortübergreifende Demografiepolitik soll bis 2012 erarbeitet werden. Dazu wird ein interministerieller Ausschuss eingesetzt.²

Politische Partizipation, Bürgerengagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Sozialer Fortschritt soll durch mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und bessere gesellschaftliche Solidarität gefördert werden. Ziel ist es, die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit von Familien zu stärken und bei staatlichen Hilfestellungen „einen Schwerpunkt auf Prävention“ zu setzen: „Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen und positive Anreize dafür setzen, damit mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen wie der gesamten Gesellschaft.“

Die erfolgreiche generationenübergreifende Arbeit der bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser soll „weiter in die Zukunft getragen werden.“ An anderer Stelle heißt es: „Gesellschaftliche Integration im Sinne einer Vermittlung von Werten und Haltungen wie Toleranz, Respekt und Rücksichtnahme...sorgen daneben auch für eine nachhaltige Eindämmung von Extremismus, Antisemitismus und Jugendgewalt.“ Angekündigt wird ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt. Bei der Umsetzung einer „nationalen Engagementstrategie“ gilt es, zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument zu schaffen.

² Einen Zwischenstand berichtete Stephane Beemelmans (Bundesministerium des Innern) am 09.03.2011 anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. in Bonn

Neue Dialogplattformen sollen eingerichtet werden, auf denen mit den Bürger/innen Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen intensiv diskutiert werden. Dabei werden auch die Geistes- und Sozialwissenschaften gestärkt, die für das kulturelle Gedächtnis und die Gestaltung der Zukunft bedeutsam sind.

Die Potenziale und Kompetenzen älterer Menschen werden als wertvolle gesellschaftliche Ressource erkannt und sollen mittelfristig in eine flächendeckende Struktur der Förderung des Engagements im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe eingebracht werden. Ebenso wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche ihre Lebenswelten und die Gesellschaft ihrem Alter gemäß mitgestalten können.

Schutz und Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen

Mit dem Verständnis einer eigenständigen Jugendpolitik wird daran anzuknüpfen sein: „Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen (zentrales Ziel) ... Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigen Engagement und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen.“ Neue Möglichkeiten im Schnittpunkt Jugend, Kultur und Schule sollen genutzt und ausgebaut werden.

Zum Phänomen der Jugendkriminalität sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Ursachen entgegenzuwirken: „Dazu wollen wir Präventionskonzepte stärken und ausbauen, unter Einbeziehung aller Verantwortlichen erzieherische Ansätze verbessern sowie Vollzugsdefizite ... abbauen.“

Integration fördern

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist als Schlüsselaufgabe definiert: „Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein.“ Der nationale Integrationsplan (NIP) wird von einem integrationspolitischen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit definierten Zielen weiterentwickelt. Die Koalitionäre streben die Gründung eines Bundesbeirates für Integration an und sprechen sich für einen breit angelegten parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskurs der Integrationsthematik aus. Auf die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen sowie auf Erfordernisse zum Ausbau frühkindlicher Bildungseinrichtungen, Ganztagschulen und angeschlossenen

Integrationskursen für Eltern wird hingewiesen. Auch das bürgerschaftliche Engagement von Migranten/innen soll weiter gefördert und gestärkt werden.

Gesundheit

Im Abschnitt Gesundheit heißt es schließlich unter der Überschrift >Prävention zielgerichtet gestalten<: „Prävention ist ein wichtiger Baustein für ein gesundes Leben und für unsere Gesellschaft. Sie muss zu allererst bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Prävention kann dabei helfen, künftige Belastungen der Sozialsysteme zu verringern... Unsere Präventionsstrategie wird Vorhandenes bewerten und aufeinander abstimmen, nationale und internationale Erfahrungen und Erkenntnisse analysieren sowie auf bewährten Programmen und Strukturen aufbauen, diese weiterentwickeln und sie in die Fläche bringen.“

Die **Ziele des aktuellen Regierungsbündnisses** knüpfen (mit veränderten Schwerpunkten) an bereits 2005 durch die Große Koalition formulierte Vorschläge zur Zukunftssicherung an. Weitere auf die Gestaltung der Herausforderungen der Zukunft gerichtete Politikkonzepte sind etwa im Nationalen Strategiebericht Alterssicherung, im Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, in den Förderungen der Stadtentwicklung des Bundes und der Länder und in der Nationalen Strategie für ein kindgerechtes Deutschland enthalten.

Die genannten konzeptionellen Ansätze der Zukunftsgestaltung betreffen einen dynamischen gesellschaftlichen Transformationsprozess und sind dem Ziel einer stabilen und für alle Bürger lebenswerten Gesellschaft verpflichtet. Sie sollen sozioökonomischen Fehlentwicklungen zuvorkommen und damit auch Innere Sicherheit in Deutschland mitgestalten. Es gilt den sozialen / gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Individuen, Gruppen und Generationen - als strukturellen Schutz vor auch gewaltsamer Devianz – zu stabilisieren. Der Sicherheitsaspekt steht zumeist nicht im Vordergrund, ist aber jeweils zumindest mittelbar betroffen. Insoweit entfalten Strategien und Konzepte der Zukunftssicherung bedeutsame kriminalpräventive Effekte. Derjenigen Kriminalität, die gerade aus übermäßigen gesellschaftlichen Verwerfungen, Konflikten und Werteverlusten entsteht, würde damit im zuvorkommenden Sinne, ursachenorientiert, begegnet werden. Andernfalls drohen gesellschaftliche Konflikte den sozialen Frieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie letztlich die politische Stabilität der Demokratie zu gefährden. Politische Funktionsträger werden ihr Engagement an den von ihnen selbst festgelegten Zielsetzungen messen lassen müssen.

7. Handlungsfelder zur Prävention von Gewalt- und Vorurteilskriminalität in „schrumpfenden und alternden“ Gebieten mit hoher Abwanderung

Lösungen für Gewaltprobleme erwachsen nicht erst aus gezielten Maßnahmen, sondern beginnen bereits bei der Art und Weise wie Gewalt thematisiert und gedanklich behandelt wird: Gewalt als individuelle Handlung oder Gewalt, die aus den Verhältnissen - die u.a. durch Macht, Ungleichheit und Zwang geprägt sind - erwächst. Handlungs- und Strukturebene bieten keinen alternativen Zugang zum Verständnis von Gewalt, sondern müssen gleichzeitig betrachtet werden: „So greift die Annahme, Gewalt in unserer Gesellschaft sei ein Problem individueller Fehlentwicklungen, die aus sozialisatorischen Defiziten, gestörter Persönlichkeitsbildung, moralischer Verwahrlosung usw. resultiert, ebenso zu kurz wie die Vorstellung, Gewalt sei allein Resultat bedrückender Lebensbedingungen oder gesellschaftlich angelegter Ungleichheit. Gewalt ist nicht allein ein Problem individueller Abweichung und nicht nur Folge und Ausdruck bestimmter Strukturen – sie ist stets beides. Eine Kontrolle individueller Gewalt folgt aus der >Domestizierung< des Menschen im Rahmen seiner komplexer werdenden >gesellschaftlichen Organisation< und einer immer enger greifenden Sozialisierung. Die Fähigkeit zur Affektkontrolle, die Beherrschung aggressiver Impulse ist zu einem Element allgemeiner Handlungskompetenz, Selbstzwang zur Voraussetzung gesellschaftlicher Partizipation geworden. Diese kulturelle Sicherung des sozialen Zusammenlebens hat allerdings Schwachstellen“ (zitiert aus dem *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin, 1995, S.21*). Nicht alle sind in gleicher Weise durch das Gewalttabu geschützt. Gewalt gegen Frauen, alte und pflegebedürftige Menschen, Behinderte, Angehörige von Minderheiten und Randgruppen hat auch strukturelle Gründe und hebt sich insofern von anderen Übertretungen des Gewaltverbots ab. „Zum anderen übertreten insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wie auch Angehörige von Gruppen mit geringen politischen und ökonomischen Zugangs- und Teilnahmechancen dieses gesellschaftliche Gewaltverbot mit großer Regelmäßigkeit“ (ebd.). Gewaltverzicht ist deshalb vor allem an gesellschaftliche Integration gebunden und muss für jede Generation und in jeder individuellen Sozialisation erkämpft aufs Neue gestaltet werden.

Handlungserfordernisse der Strukturebene

Bei Handlungserfordernissen, die die *Strukturebene* betreffen, sollten insbesondere benachteiligte Gebiete „mit besonderem Gestaltungsbedarf“ in den Blick genommen werden. Gemeint sind jene bereits erwähnten Räume, die durch Abwanderung, (Über)alterung, Arbeitslosigkeit, Abbau von Infrastruktur, bauliche Altlasten, z.T. Migrationsbelastungen, Entmischung/Segregation, Wohnungs- und Gebäudeleerstand, Kriminalitätsbelastung u.a. in

eine Abwärtsspirale geraten sind oder vorhersehbar geraten könnten. Es sind urbane Quartiere in (ehemaligen) Industriestandorten in Ost- und Westdeutschland betroffen, die den bisherigen Strukturwandel unter sich verschärfenden Problemlagen fortsetzen müssen, aber auch ländliche und kleinstädtisch geprägte „Schwundräume“ vor allem in Ostdeutschland.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und **Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)** haben 2007 vorhandene „**Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels**“ synoptisch nach Bundesländern gegliedert aufbereitet. Am Ende werden Forschungsbedarfe insbesondere zur Realität der Umsetzung und zum Erfolg der Maßnahmen (Evaluation) formuliert.

In einem Gutachten hat das **Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung** im Auftrag des Landtags eine **Problemanalyse zum demografischen Wandel im Land Brandenburg** einschließlich einer Bewertung der bisherigen Regierungsaktivitäten erarbeitet und anschließend Lösungsvorschläge für eine „Zukunftswende“ formuliert. Als eine wesentliche Grundlage gilt die Erhöhung und Stärkung der Handlungsautonomie von Akteuren im Sinne einer Abkehr von strikter öffentlicher Durchführungsplanung: „Ein Gemeinwesen wird sich darum von selbst – wie von >unsichtbarer Hand< gesteuert - auf die Erfordernisse einer Entwicklung einstellen, *wenn* entsprechende Handlungen Vorteile bringen und diese auf unbürokratische Weise ausgestaltet werden können“ (Berlin Institut: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, 2007). Orientierungshilfen für ländliche Räume gibt vor allem das letzte Kapitel der **Studie des Berlin-Instituts „Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demografischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt**, Berlin, 2009“ für die Bereiche Wirtschaft, soziale Netzwerke, Bürgergesellschaft, Bildung, Zuwanderung aus dem In- und Ausland sowie Positives Selbstbild einer Region.

Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Anreizstrukturen, Akteurskooperation und Ressourcenbündelung werden im Abschlussbericht des Projekts **„Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik“ (Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., April 2008)** gegeben. Schließlich hat das **Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung** in einer Online-Publikation **„Vielfalt des Demografischen Wandels – Eine Herausforderung für Stadt und Land“** (BSBR, 2010) die Inhalte einer Tagung zusammengestellt und „regionale Handlungsansätze bei der Reaktion auf den Demografischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen“ aufgezeigt (defensive Anpassungsstrategie des geordneten Rückzugs oder offensive Wachstumsstrategie durch Steigerung der Geburten und durch Zuwanderung;

auf den jeweiligen Raum zugeschnittene Kombination beider Strategien). Weitere Ansätze wie die **„generationenübergreifende Gemeinde und bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts“ (Eisentraut 2011)**, **„Landstadtwechsel in Havelland-Fläming“ (Naubert 2011)** und **Masterplan Daseinsvorsorge Nordthüringen (Gutsche/Kaps 2011)** wurden im Rahmen der Jahrestagung 2011 der Deutschen Gesellschaft für Demographie (9.-11.3.2011 in Bonn) diskutiert.

Die wünschenswerte Stärkung der Bürgergesellschaft darf allerdings nicht mit einer Flucht des Staates aus seiner sozialen Verantwortung einhergehen, denn nur der Sozialstaat kann soziale Gegensätze sowie Konflikte strukturell entschärfen und gilt damit als Prinzip und Mittel der Prävention im engeren und weiteren Sinne: Eine moderne Sozialpolitik ist die Basispolitik der Demokratie, die dafür sorgt, dass ein Mensch auch Bürger sein kann. (Heribert Prantl, Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005).

Das **Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“**, das seit 2010 einen Baustein der **„Initiative Ländliche Infrastruktur“** des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung darstellt, bietet finanzielle Unterstützung, um Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge für die Zukunft handlungsfähig zu machen. Ziel ist es, darin zu unterstützen, die zentral örtlichen Versorgungsfunktionen öffentlicher Daseinsvorsorge dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der gesamten Region für die Zukunft zu sichern und zu stärken.

Ein Handlungsschwerpunkt des Programms ist die Unterstützung aktiver interkommunaler bzw. überörtlicher Zusammenarbeit bei der Anpassung und arbeitsteiligen Erbringung der städtebaulichen Infrastruktur für die Daseinsvorsorge. Wenn die Kommunen mit ihren Umlandgemeinden zusammenarbeiten und sich über gemeinsame Versorgungseinrichtungen abstimmen, können kostenintensive Doppelstrukturen vermieden werden. Darüber hinaus werden die Kommunen darin unterstützt, auf der Grundlage der gemeinsamen Abstimmung ihre städtebauliche Infrastruktur arbeitsteilig umzustrukturieren und an die veränderten Nachfragestrukturen anzupassen. Es hilft ihnen, langfristig ein in seiner Dichte, Qualität und Vielfalt bedarfsgerechtes, effektiveres und effizienteres Angebot öffentlicher und privater Dienstleistungen zu gewährleisten, wie der Programmbeschreibung zu entnehmen ist (vgl. www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de).

Zum Thema ressort- bzw. ämterübergreifender Vernetzung und einer sozialraumorientierten kommunalen Politikgestaltung wird auf den vom DFK herausgegebenen Leitfaden „Impulse für das kommunale Präventionsmanagement“ (DFK 2005/2011) hingewiesen.



(Abb.18: DFK-Veröffentlichungen)

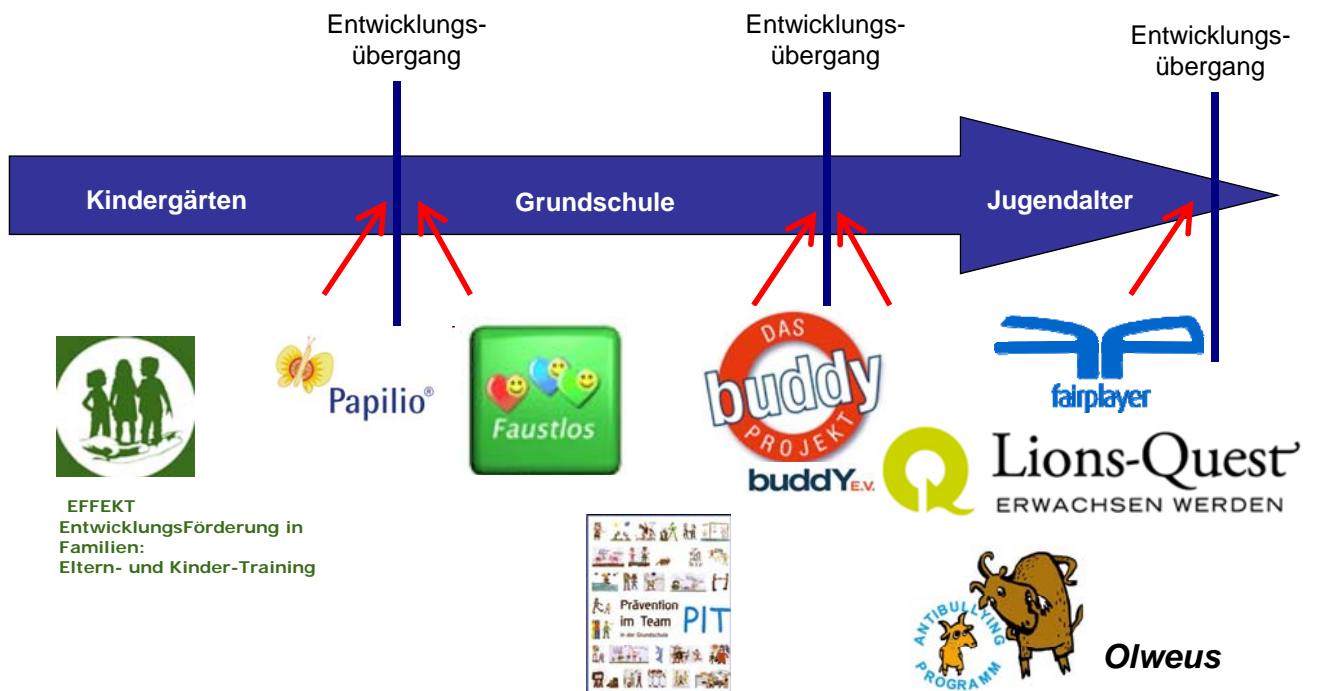
Handlungserfordernisse der individuellen Ebene

Das aufgezeigte strukturelle Präventionsverständnis ist gleichwohl auf der **individuellen Ebene** zu ergänzen. Um bereits an den Ursachen aggressiven Verhaltens ansetzen zu können und um bereits früh Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen zu verringern / zu vermeiden (Handlungsebene), orientieren sich frühpräventive Strategien an entwicklungsbeeinflussenden Faktoren. Risikoerhöhende und risikomildernde Bedingungen werden etwa in den Handlungsfeldern Individuum, Familie, Schule, Freizeit unterschieden. Beide Faktoren wirken in dem Gesamtsystem der Sozialisation und sozialen Kontrolle mit vielfältigen Wechselwirkungen auf den zwei Ebenen: Persönlichkeit des Täters (Mikroebene) sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen/Einflüsse (Makroebene). Entsprechende Präventionsempfehlungen geben der Band „**Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter**“ vom Deutschen Jugendinstitut DJI (München 2007) sowie die von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention DFK herausgegebene Expertise „**Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter**“ (Bonn 2008), in der ein entwicklungsorientierter Ansatz universeller

Präventionen begründet und empfohlen wird. Kinder und Jugendliche sollen einerseits systematisch in ihrer psychosozialen und emotionalen Entwicklung gefördert werden. Andererseits soll geholfen werden, mögliche Defizite vor Eintritt in neue Lebensabschnitte und im Übergang zu neuen Umgebungsfeldern (wie zum Beispiel der Übergang von Kindergarten in die Grundschule oder von der Schule in die Ausbildung) auszugleichen. DFK, Deutsche Bahn AG und Freie Universität Berlin haben eine Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung entwicklungsorientierter Prävention 2011 – 2016 geschlossen. Bis Herbst 2011 wird ein konzeptioneller Rahmen und ein konkretes Umsetzungskonzept erarbeitet und öffentlich bekannt gemacht.



...entwicklungsorientierte Prävention:Zug um Zug ins Leben!



(Abb. 19: Entwicklungsorientierte Prävention, nach Scheithauer 2008)

Es wird der Politik u.a. empfohlen, dass die Bemühungen zur Förderung der Gewaltprävention auch mit einem räumlichen Fokus

- etwa im Rahmen der Umsetzung des finanzstarken Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“
- sowie mit Hilfe der Bund-Länder Programme zur Stadt- bzw. Raumentwicklung auf struktureller und individueller Ebene fortgesetzt und verstärkt werden.

Die gemeinsame Initiative der Bundesressorts „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Inneres“ zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts Anfang 2009 war daher als ein richtungweisender übergreifender Handlungsansatz zu verstehen, der unbedingt weiter verfolgt werden sollte (Schäuble, Wolfgang / von der Leyen, Ursula: Was die Gesellschaft zusammenhält, in FAZ vom 06.01.2009).

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt seit dem 1. Januar 2011 die erfolgreiche Arbeit der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter einem gemeinsamen Dach fort. Es zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Hierfür stehen bis 2013 jährlich 24 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Angesprochen werden sollen besonders Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.



Modellvorhaben der Sozialen Stadt

Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte



8. Zusammenfassung der Schlussfolgerungen

- Der demografische Wandel ist als soziales Phänomen mehr als eine bloße Addition bzw. Subtraktion von Personen zu bzw. von einer Population und wird auch nicht durch Berechnungen von Mittelwert, Standardabweichung und Normalverteilung in seiner Komplexität und den Auswirkungen begreifbar.
- Die Vielfalt der Kontextparameter und ihrer Wechselwirkungen untereinander und zur demografischen Entwicklung indizieren bereits, dass der Versuch, weit reichende Szenarien zur zukünftigen Kriminalitätslage zu entwickeln, wenig Aussicht auf Zuverlässigkeit haben würde und deshalb wenig ertragreich für die Ableitung von Handlungserfordernissen sein dürfte. Dennoch könnte - zur Absicherung dieser Einschätzung - in einer Machbarkeitsstudie ausgelotet werden, für welche Deliktsfelder, in welchen räumlichen Bezügen, für welche Bevölkerungsgruppen und mit welchem zeitlichen Horizont Kriminalprognosen im Zusammenhang mit soziodemografischen Parametern sinnvoll wären. Die Studie „Jugendkriminalität 2020“ (Deutsche Hochschule der Polizei, Görge et al. 2010) zeigt die Möglichkeiten und Grenzen auf.
- Es zeigt sich, dass viele bereits jetzt initiierte Politikansätze zur Zukunftssicherung auch mittelbaren Nutzen für die Gestaltung von Innerer Sicherheit entfalten und deshalb uneingeschränkt unterstützt werden sollten. Die Reduktion der Bemühungen auf ein einziges Politikfeld verbietet sich aufgrund der Querschnittseigenschaft der demografischen Konsequenzen von selbst. Das aktuelle Problem liegt eher in der konstanten Übersetzung eines Querschnittsansatzes in die einzelnen klassischen Politikfelder und vor allen dann wieder in der notwendigen Koordination der einzelnen Bereiche bzw. Ressorts. Solange es nicht gelingt, geeignete Strukturen zu nutzen (oder erst zu finden), um mehrere Politikfelder zum Handeln „aus einem Guss“ zu koordinieren, werden die richtigen Gestaltungsansätze ihre Wirkung nur begrenzt entfalten. Auch auf Bundesebene sollte sich um eine Weiterentwicklung in diesem Sinne bemüht werden. Für die kommunale bzw. regionale Ebene sind die bereits vorliegenden Empfehlungen integrierter Strukturpolitik der Bertelsmann Stiftung beispielhaft.
- Erkenntnisbedarf besteht zur Frage, wie die immer noch verfestigten Übersetzungs- und Kooperationsdefizite zwischen den Ressorts bzw. Handlungsfeldern überwunden werden können. Entsprechende politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten sollten initiiert, ihre Ergebnisse ernsthaft berücksichtigt werden.
- Besondere Risiken sind für die Bereiche der Gewalt gegenüber alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu konstatieren, die bei zunehmender Alterung der Gesellschaft größere Herausforderungen für die Prävention indizieren. Bereits

bestehende Präventionsansätze gilt es fortzuentwickeln, die Vernetzung und Kooperation der unmittelbar handelnden Akteure zu verbessern und neue Präventionsmöglichkeiten aufzuzeigen

- Schließlich gilt es den (alarmierenden) Risiken für die Gewaltentwicklung im Zusammenhang mit Bevölkerungsverlusten in einzelnen Regionen Deutschlands Rechnung zu tragen. Dazu sind strukturelle und individuelle Ansätze aufeinander abzustimmen und mit großem politischem Nachdruck umzusetzen.

Zum Schluss: Wir leben in einer Zeit, in der sich der schnellste und möglicherweise am tiefsten greifende Wandel in der bisherigen Menschheitsgeschichte vollzieht. In den 70er Jahren hat der „Club of Rome“ auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen. Die heutigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturen befinden sich global betrachtet nur noch in einem labilen Gleichgewicht. In vielen Teilen der Erde gerät die Welt bereits aus den Fugen. Wenn richtig ist, dass es in den kommenden Jahrzehnten viele Möglichkeiten geben wird, die Probleme zu lösen, mit einer einzigen Ausnahme „Weitermachen wie bisher“, dann sind bewusste und aktive Veränderungen erforderlich, im Hinblick auf den Lebensstil jedes einzelnen, das Verhalten der Unternehmen, die Politik, die gesellschaftlichen Ethikvorstellungen und das Verhältnis zwischen den Völkern und Kulturen.

Einstein hat sinngemäß gesagt, man könne die Probleme nicht mit derselben Denkweise lösen, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Wenn er Recht hat, dann brauchen wir neue Einsichten, neue Werte und angemessene Visionen. Rationaler Pragmatismus reicht nicht (mehr) aus.

Literatur / Fundstellen:

Attali, Jacques: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft, Berlin 2008

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 10-11/2011), Bonn 7.3.2011: Demografischer Wandel

- Eine neue Kultur des Wandels - Essay (Björn Schwentker / James W. Vaupel)
- Demografiepolitik - gestalten oder verwalten? (Tilman Mayer)
- Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels (Axel Börsch-Supan)
- Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur (Norbert F. Schneider / Jürgen Dorbritz)
- Demografischer Wandel und Migration als Megatrends (Hans Dietrich von Loeffelholz)
- Alterungsangst und Todesgefahr - der deutsche Demografie-Diskurs (1911-2011) (Thomas Bryant)

Baier, Dirk / Rabold, Susanne / Doering, Bettina: Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Bundesland Sachsen-Anhalt, Hannover 2010

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die Demografische Lage der Nation, Berlin, 2006 (Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen) und 2011 (Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Not am Mann, Berlin, 2007

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Berlin 2007

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Land mit Aussicht. Was sich von dem wirtschaftlichen und demografischen Erfolg des Oldenburger Münsterlandes lernen lässt, Berlin, 2009

Bertelsmannstiftung: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh, 2006

Bertelsmannstiftung: Informationsportal www.aktion2050.de

Börsch-Supan, Axel: Unsere gewonnenen Jahre. [...] Durch längere Erwerbstätigkeit ließe sich diese Entwicklung ohne eine wesentliche Beeinträchtigung des Lebensstandards ausgleichen, FAZ 24.02.2011

Buchstein, Hubertus / Heinrich, Gudrun: Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach/Ts 2010

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Informationsportal www.bbr.bund.de,

z.B. Vielfalt des Demografischen Wandels (DW). Eine Herausforderung für Stadt und Land, BBSR-Online-Publikation, Nr. 6/2010 mit Beiträgen der Dezembertagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit BBR 2009

- Küpper, Patrick: Regionale Handlungsansätze bei der Reaktion auf den DW in dünn besiedelten, peripheren Räumen
- Jonas, Andrea: Das regionalplanerische Instrumentarium im Zeichen des DW – Empirische Ergebnisse an drei Fallstudien
- Dosch, Axel / Gutsche, Jens-Martin: Masterplan Daseinsvorsorge – eine regionale Anpassungsstrategie
- Mörl, Katharina: Strategien für den Umgang mit dem DW: Ergebnisse einer Querschnittsanalyse zur Behandlung ausgewählter Aspekte in den kreisfreien Städten Deutschlands
- Schön, Susanne / Wendt-Schwarzburg, Heike: Vom Konzept zum Ereignis Öffentlichkeitsarbeit als strategischer Erfolgsfaktor für die Bewältigung des DW
- Burkhard, Frank / Schmidt, Maren: Chancen gemeinsam nutzen. Die „Regionalstrategie DW“ in der Metropolregion Rhein-Neckar
- Kun, Vivien / Schröder, Roland: Interkommunale Kooperation im Mittelbereich von Kyritz
- Neisener, Iken / Föhl, Patrick: Regional Governance im Kulturbereich Interkommunale Kooperation und Planungserstellung als gemeinsame Strategie vor dem Hintergrund des DW am Beispiel der „Kulturkonzeption für den Regionalen Wachstumskern Perleberg-Wittenberge-Karstädt“
- Jaensch, Kerstin: DW in Hessen - Interkommunale Kooperation und Dialog
- Toben, Christopher: Demografiecheck als Bestandteil integrierter Kommunalentwicklung
- Hauschildt, Arndt / Mensing, Klaus: Ortskernentwicklung als gemeinsame (Management-)Aufgabe begreifen. Der Zukunftcheck Ortskernentwicklung und die Toolbox. Erfahrungen und Instrumente aus den Planerwerkstätten im Landkreis Osnabrück
- Trauth-Koschnik: Demografie-Check – Instrument für eine ziel- und wirkungsorientierte Steuerung des DW
- Eizenhöfer, Rebecca / Sinning, Heidi / Ziervogel, Daniela: Nachfrageorientierte Bestandsentwicklung. Anpassungsstrategie für die Wohnungswirtschaft im DW

- König, Armin: Keine Angst vor Schrumpfung dank Offenheit, piffiger Ideen und Bürger-Partizipation: Illingen 2030. Zur Strategie kleiner und mittlerer Gemeinden im DW

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

- Raumordnungsbericht 2005, Berlin 2005 (BT-Drucksache 15/5500)
- Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Soziale Stadt“, seit 1999
www.sozialestadt.de
- Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels, Schriftenreihe Werkstatt Heft 49, Bonn 2007
- Städtebauförderungsprogramm „Kleine Städte und Gemeinden – Überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke, seit 2010, www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung:

- Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Strategien zur Stärkung der sozialen Integration (2003) und Implementierungsbericht (2005), Berlin, BT Drucksachen 15/5569 und 15/1420
- Nationaler Strategiebericht Alterssicherung 2005, BT-Drucksache 15/5571

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland, Berlin 2005

Bundesministerium des Innern: Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus, Berlin 2008

Bundesministerium des Innern: Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin 2009

Bundesregierung, Presse- und Informationsamt: Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin 2007

Bundesiinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:

CDU, CSU und SPD: Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag, Berlin 11.11.2005

CDU, CSU und FDP: Wachstum. Bildung. Zusammenhalt, Koalitionsvertrag, Berlin 26.10.2009

Courbage, Youssef / Todd, Emmanuel: Die unaufhaltsame Revolution, München 2008

Deutsche Gesellschaft für Demographie, Jahrestagung 2011 (9.-11.3.2011 in Bonn): ausgewählte Vorträge und weitere
www.demographie-online.de

- Gatzweiler, Hans-Peter: „Schrumpfung – Gestaltungsaufgabe oder Schicksal?“
- Eisentraut, Roswitha: Alternde Bevölkerung und ländlicher Raum Sachsen-Anhalts: Bürgerschaftliches Engagement als Chance für eine solidarische Gesellschaft
- Naubert, Torsten: Lanststadtwandel in Havelland-Fläming – Über Leerstandsrisiken, Stadtprofilbildung und Alleinstellungsmerkmale von Landstädten in interkommunaler Kooperation
- Gutsche, Jens-Martin / Kaps, Marion: Masterplan Daseinsvorsorge Nordthüringen – Ein regionaler Planungsansatz geht in die zweite Runde

Deutsche Hochschule der Polizei (Görgen, Thomas / van den Brink, Henning / Taefi, Anabel / Kraus, Benjamin): JuKrim 2020 – Mögliche Entwicklungen in der Jugend(gewalt)kriminalität in Deutschland: Szenarien, Trends, Prognosen 2010-2020, Münster 2010

Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: Geborgenheit schenken, Schutz bieten – Sicherheit für Senioren, Berlin / Stuttgart 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention, Bundesministerium für Justiz: Hasskriminalität – Vorurteilkriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen, Berlin 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention: Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, Bonn 2008

Deutsches Forum für Kriminalprävention: Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis, Bonn 2005

Deutsches Jugendinstitut: Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter, München 2007

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Lebenswelten 2020 – So werden wir leben, Köln 2003

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.: Abschlussbericht der Kommission „Chancen des demografischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik, Berlin April 2008

Enquetekommission des Deutschen Bundestages: „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Schlussbericht, Berlin 2002 (BT-Drucksache 14/8800)

Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes: Armutsatlas, 2009, www.armutsatlas.de

Friedman, Benjamin: The moral consequences of economic growth, New York 2005, Wachstum nützt der Moral, Zeit Online 6.7.2009

Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004, Einzelbeiträge:

- Frevel, Bernhard: Schicksal? Chance? Risiko? – Herausforderung demografischer Wandel
- Hullen, Gert: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Die Bevölkerung schrumpft, altert und wird heterogener
- Wagner, Angelika: Entwicklung der Weltbevölkerung
- Kolb, Holger: Migration. Einwanderungspolitik und demografische Entwicklung
- Meyer, Thomas: Die Familie im demografischen Wandel
- Alt, Christian: Lebenswelt der Kinder
- Stiehr, Karin: Lebenslagen älterer Menschen
- Zander, Margherita: Zwischen Konflikt und solidarischem Ausgleich. Die Generationenperspektive im demografischen Wandel
- Fuchs, Joachim / Söhnlein, Doris / Weber, Brigitte: Konsequenzen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt der Zukunft
- Dichanz, Horst: Bildungsziele und Bildungsinstitutionen in der demografischen Schere
- Brinkmann, Dieter: Freizeit und Erholung in einer alternden Gesellschaft
- Westle, Bettina: Demografischer Wandel und politische Teilhabe
- Rager, Günther / Hassemer, Gregor: Mediennutzung und –gestaltung in einer alternden Gesellschaft
- Dietz, Berthold: Soziale Sicherungssysteme
- Kantel, H.-Dieter: Arbeit und soziale Sicherung in der Bürgergesellschaft
- Koch, Karl-Friedrich: Kriminalität und öffentliche Sicherheit
- Kaestner, Roland / Müller-Seedorf, Wolfgang: Demografischer Wandel. Konsequenzen und Chancen für äußere Sicherheit und Verteidigung
- Guggemos, Peter: Demografischer Wandel und seine Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Kommunen
- Dalkmann, Holger / Böhler, Susanne: Mobilität und Demografie im Wandel. Angebote einer zukunftsfähigen Gestaltung
- Lietzmann, Hans J.: „Planungszellen“ in einer älter werdenden Gesellschaft. Die Chancen der zivilgesellschaftlichen Gestaltung einer politischen Kontroverse

Frevel, Bernhard / Bredthauer, Rüdiger (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XII: Demografischer Wandel und Polizei, Frankfurt 2010, Einzelbeiträge:

- Frevel, Bernhard / Bredthauer, Rüdiger: Demografischer Wandel und Polizei – Eine Einleitung aus unterschiedlichen Perspektiven
- Gluba, Alexander: Zukunftsforschung im Landeskriminalamt Niedersachsen – Methodik, Prognoseergebnisse und Erfahrungen
- Bornwasser, Manfred: Demografie und Kriminalität: Hintergründe und Methodik zur Prognose der Kriminalitätsbelastung in Mecklenburg-Vorpommern
- Giebel, Stefan Markus / Kemme, Stefanie: Weniger Jugendliche → weniger (Jugend-)Kriminalität → weniger Polizei(bedarf)? – Erste Ansätze einer Prognose der Kriminalitätsentwicklung
- Meyer zu Bexten, Erdmuth / Schneider, Hans: Polizei und Generation 65plus: Berührungspunkte, Problemfelder und Empfehlungen – Ergebnisse einer ersten empirischen Annäherung

- Görgen, Thomas: Viktimisierung von Senioren – empirische Daten und Schlussfolgerungen für eine alternde Gesellschaft
- Reuband, Karl-Heinz: Kriminalitätsfurcht im höheren Lebensalter: Widerspiegelung von Viktimisierungserfahrungen, altersspezifischer Vulnerabilität oder psychosozialen Lebenslagen?
- Mönnighoff, Martin: Von der Sicherheit zu den Zukunftsbildern des Individualverkehrs ab 65
- Hunold, Daniela: Demografischer Wandel und interkulturelle Öffnung der Polizei
- Karakus, Oksan: Ethnische Minderheiten in der Polizei – Eine Herausforderung für die Polizei in England

Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Men, New York 1992 / Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992

Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwaarloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben, in Die Zeit vom 23.Juni 2005

Görgen, Thomas et al. Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen, BMFSFJ, 2009, 3. Aufl. 2010

Heinz, Wolfgang / Spiess, Gerhard: Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050, in forum kriminalprävention 3/2005

Heitmeyer Wilhelm: Deutsche Zustände Folgen 1-9, Frankfurt a.M. jährlich seit 2002

Heitmeyer, Wilhelm, Schrötte Monika (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen – Analysen - Prävention, Bonn 2006

Huntington Samuel: Kampf der Kulturen, New York/München 1996

Kahl, Wolfgang: Gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen in Deutschland, Bonn 2011, www.kriminalpraevention.de (Publikationen)

Kahl, Wolfgang: Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen. Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention, in Naderi, Robert (Hrsg.): Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen, Wiesbaden 2009

Kahl, Wolfgang: Bürgergesellschaft in der Krise? Die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland, forum kriminalprävention 4/2009

Kemme, Stefanie / Hansmaier, Michael / Stoll, Katharina: Kriminalitätsentwicklung 1995 bis 2008: Ergebnisse einer Expertenbefragung. Zwischenbericht des Projekts „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung sowie die Arbeit der Polizei, der Strafjustiz, des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe“, Hannover 2011

Lachmann, Günther: Von Not nach Elend – Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen, München 2008

Landeskommission Berlin gegen Gewalt: *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin, 1995*

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle: Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen, Düsseldorf 2006

Laubenthal, Klaus: Phänomenologie der Alterskriminalität, forum kriminalprävention 3/2005

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW / Forschungsgesellschaft für Gerontologie: Referenzmodelle zur Förderung der qualitätsgesicherten Weiterentwicklung der vollstationären Pflege 2004-2006 [in NRW], Düsseldorf 2006

Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Bericht zur Stadtentwicklung in NRW 2006, Herausforderungen des demografischen Wandels, Düsseldorf 2006

Pergande, Frank: Wenig Bildung plus Gewalt – In Ostvorpommern (und nicht nur dort) hat sich eine „Kultur der Armut“ entwickelt, FAZ 23.7.2008

Prantl, Heribert: Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005

Roß, Jan: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft, Berlin 2008

Schäuble, Wolfgang / von der Leyen, Ursula: Was die Gesellschaft zusammenhält, in FAZ vom 6.1.2009

Siehoff, Jonas: Magdeburg wird alt aussehen ..., Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1.6.2008

Simon, Jana: Irgendwie auch selbst schuld: Ein rechter schlägt einen Juden zusammen – der Täter bekommt Bewährung, gegen das Opfer wird ermittelt, Die Zeit 9.9.2010

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes, 1. Auflage München 1917

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Veiel, Andres: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007

Zeitmagazin 13. Januar 2011

Heute für ein
Heute für ein **besseres** Morgen.
besseres Morgen.